Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 2234

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
8 — 52105 — 4619/60

Bonn, den 17. November 1960

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Abdrucke des Abkommens, des Zusatzprotokolls, des Notenwechsels in deutscher und französischer Sprache sowie je eine Denkschrift zu dem Abkommen und zu dem Zusatzprotokoll liegen diesem Schreiben als Anlagen bei.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 11. November 1960 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 21. Juli 1959 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern, einschließlich des Zusatzprotokolls und der beiden Notenwechsel vom 21. Juli 1959 zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Notenwechsel nach Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Notenwechsel bedürfen der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften, weil sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG beziehen. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 GG erforderlich, weil das Aufkommen aus den betroffenen Steuern — mit Ausnahme der einmaligen Abgaben vom Vermögen — gemäß Artikel 106 GG ganz oder zum Teil den Ländern und den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Notenwechsel sollen auch im Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält deshalb die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 GG. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Notenwechsel nach Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

*

Da die im Abkommen, Zusatzprotokoll und in den Notenwechseln getroffenen Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit beruhen und grundsätzlich unbefristet sind, läßt sich nicht angeben, in welcher Höhe für Bund, Länder und Gemeinden Kosten entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Française en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT
DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK

sind, von dem Wunsche geleitet, bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern Doppelbesteuerungen zu vermeiden und Grundsätze für die gegenseitige Amts- und Rechtshilfe aufzustellen, übereingekommen, ein Abkommen zu schließen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Dr. Gerhard Josef Jansen,
Gesandter,
Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland;

Der Präsident der Französischen Republik:
Seine Exzellenz Herrn Louis Joxe,
Ambassadeur de France,
Generalsekretär des Ministeriums
für Auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE d'ALLEMAGNE

et

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

désireux d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières, ont décidé de conclure une convention et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne:
Monsieur le Docteur Gerhard Josef Jansen,
Ministre conseiller,
Chargé d'Affaires de la République Fédérale d'Allemagne,

Le Président de la République Française:
Son Excellence Monsieur Louis Joxe,
Ambassadeur de France,
Secrétaire Général du Ministère des Affaires Étrangères,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

(1) Durch dieses Abkommen soll vermieden werden, daß die in einem der Vertragstaaten ansässigen Personen doppelt zu Steuern herangezogen werden, die nach dem Rechte dieser Staaten unmittelbar vom Einkommen oder vom Vermögen oder als Gewerbesteuern oder Grundsteuern für die Vertragstaaten, die Länder, die Departements, die Gemeinden oder Gemeindeverbände (auch in Form von Zuschlägen) erhoben werden.

(2) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Französischen Republik:
   a) l'impôt sur le revenu des personnes physiques — taxe proportionnelle et surtaxe progressive (Steuer vom Einkommen natürlicher Personen — Proportionalsteuer und Progressivsteuer),

Article 1

(1) La présente convention a pour but de protéger les résidents de chacun des États contractants contre les doubles impositions qui pourraient résulter de la législation de ces États en matière d'impôts prélevés directement sur le revenu ou sur la fortune ou à titre de contributions des patentes ou de contributions foncières, par les États contractants, les Länder, les départements, les communes ou les associations de communes (même sous forme de centimes additionnels).

(2) Sont considérés comme impôts visés par la présente convention:

1. En ce qui concerne la République Française:
   a) L'impôt sur le revenu des personnes physiques (taxe proportionnelle et surtaxe progressive);

b) le versement forfaitaire applicable à certains bénéfices des professions non commerciales (Pauschsteuer von bestimmten Gewinnen der freien Berufe),

c) l'impôt sur les bénéfices des sociétés et autres personnes morales (Steuer von den Gewinnen der Gesellschaften und anderer juristischer Personen),

d) la contribution des patentes (Gewerbesteuer),

e) la taxe d'apprentissage (Lehrlingsabgabe),

f) la contribution foncière sur les propriétés bâties et non bâties (Grundsteuer für bebaute und unbebaute Grundstücke),

g) l'impôt spécial sur la plus-value de réévaluation provenant des emprunts (Sondersteuer vom Mehrwert von Anleihen;

2. in der Bundesrepublik Deutschland:

a) die Einkommensteuer,

b) die Körperschaftsteuer,

c) die Abgabe Notopfer Berlin,

d) die Vermögensteuer,

e) die Gewerbesteuer,

f) die Grundsteuer.

(3) Dieses Abkommen ist auch auf alle anderen ihrem Wesen nach gleichen oder ähnlichen Steuern anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung in einem der Vertragstaaten oder in einem Gebiet eingeführt werden, auf das dieses Abkommen nach Artikel 27 ausgedehnt worden ist.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden im beiderseitigen Einvernehmen alle etwaigen Zweifel darüber klären, für welche Steuern das Abkommen zu gelten hat.

Artikel 2

(1) Für die Anwendung dieses Abkommens gilt folgendes:

1. Der Begriff „Frankreich", in geographischem Sinne verwendet, umfaßt nur das französische Mutterland (France métropolitaine) und die überseeischen Departements (Guadeloupe, Guayana, Martinique, Réunion).

2. Der Begriff „Bundesrepublik", in geographischem Sinne verwendet, umfaßt das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

3. Der Begriff „Person" bedeutet:

a) natürliche Personen;

b) juristische Personen. Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die als solche der Besteuerung wie eine juristische Person unterliegen, gelten als juristische Personen.

4. a) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Begriff „eine in einem Vertragstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Rechte dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres Aufenthaltes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

b) Le versement forfaitaire applicable à certains bénéfices des professions non commerciales;

c) L'impôt sur les bénéfices des sociétés et autres personnes morales;

d) La contribution des patentes;

e) La taxe d'apprentissage;

f) La contribution foncière sur les propriétés bâties et non bâties;

g) L'impôt spécial sur la plus-value de réévaluation provenant des emprunts.

2. En ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne:

a) die Einkommensteuer (impôt sur le revenu);

b) die Körperschaftsteuer (impôt sur les sociétés);

c) die Abgabe Notopfer Berlin (impôt « sacrifice pour Berlin »);

d) die Vermögensteuer (impôt sur la fortune);

e) die Gewerbesteuer (contribution des patentes);

f) die Grundsteuer (contribution foncière).

(3) La présente convention s'applique à tous autres impôts analogues ou semblables par leur nature qui pourront être institués, après sa signature, dans l'un des États contractants ou dans un territoire auquel la présente convention aura été étendue conformément aux dispositions de l'article 27.

(4) Les autorités compétentes des États contractants se mettront d'accord pour lever les doutes qui pourraient naître quant aux impôts auxquels doit s'appliquer la convention.

Article 2

(1) Pour l'application de la présente convention:

1. Le terme « France », employé dans un sens géographique, ne comprend que la France métropolitaine et les départements d'outre-mer (Guadeloupe, Guyane, Martinique, Réunion).

2. Le terme « République Fédérale », employé dans un sens géographique, désigne le territoire d'application de la Loi Fondamentale de la République Fédérale d'Allemagne.

3. Le terme « personne » désigne:

a) Les personnes physiques;

b) Les personnes morales. Les groupements de personnes et les masses de biens qui, en tant que tels, sont soumis à l'imposition comme personnes morales, sont considérés comme personnes morales.

4. a) Au sens de la présente convention, on entend par « résident d'un État contractant » toute personne qui, en vertu de la législation dudit État, est assujettie à l'impôt dans cet État, en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère analogue.

b) Ist nach Buchstabe a) eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt folgendes:

(aa) Die Person gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).

(bb) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaate die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(cc) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

(dd) Gehört die Person beiden oder keinem der Vertragstaaten an, so werden die zuständigen Behörden der Vertragstaaten die Frage im beiderseitigen Einvernehmen regeln.

c) Ist nach Buchstabe a) eine juristische Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Dies gilt auch für Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach den für sie maßgebenden innerstaatlichen Gesetzen keine juristischen Personen sind.

5. Im Sinne dieses Abkommens ist der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Ort, an dem sich der Mittelpunkt der geschäftlichen Oberleitung befindet.

6. Der Begriff „deutsches Unternehmen" bedeutet ein gewerbliches Unternehmen, das von einer in der Bundesrepublik ansässigen Person betrieben wird.

Der Begriff „französisches Unternehmen" bedeutet ein gewerbliches Unternehmen, das von einer in Frankreich ansässigen Person betrieben wird.

Die Begriffe „Unternehmen eines der Vertragstaaten" und „Unternehmen des anderen Vertragstaates" bedeuten je nach dem Zusammenhang ein deutsches Unternehmen oder ein französisches Unternehmen.

7. Der Begriff „Betriebstätte" bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

a) Als Betriebstätten gelten insbesondere:

(aa) ein Ort der Leitung,

b) Lorsque, selon la disposition de l'alinéa (a) ci-dessus, une personne physique est considérée comme résident de chacun des États contractants, le cas est résolu d'après les règles énoncées ci-dessous:

(aa) Cette personne est réputée résident de l'État contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Lorsqu'elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans chacun des États contractants, elle est considérée comme résident de l'État contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

(bb) Si l'État contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé, ou qu'elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des États contractants, elle est considérée comme résident de l'État contractant où elle séjourne de façon habituelle;

(cc) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans chacun des États contractants ou qu'elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résident de l'État contractant dont elle possède la nationalité;

(dd) Si cette personne possède la nationalité de chacun des États contractants ou qu'elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des États contractants tranchent la question d'un commun accord.

c) Lorsque, selon la disposition de l'alinéa (a) ci-dessus une personne morale est résident de chacun des États contractants, elle est réputée résident de l'État contractant où se trouve son siège de direction effective. Il en est de même des sociétés de personnes et des associations qui, selon les lois nationales qui les régissent, n'ont pas la personnalité juridique.

5. Le siège de direction effective d'une entreprise, au sens de la présente convention, est le lieu où se trouve le centre de la direction générale de l'affaire.

6. Le terme «entreprise allemande» désigne une entreprise industrielle ou commerciale exploitée par un résident de la République Fédérale.

Le terme «entreprise française» désigne une entreprise industrielle ou commerciale exploitée par un résident de la France.

Les termes «entreprise de l'un des États contractants» et «entreprise de l'autre État contractant» désignent une entreprise allemande ou une entreprise française, selon les exigences du contexte.

7. Le terme «établissement stable» désigne une installation fixe d'affaires où l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.

a) Constituent notamment des établissements stables:

(aa) un siège de direction;

(bb) eine Zweigniederlassung,

(cc) eine Geschäftsstelle,

(dd) eine Fabrikationsstätte,

(ee) eine Werkstätte,

(ff) ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

(gg) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

b) Als Betriebstätten gelten nicht:

(aa) die Benutzung von Einrichtungen ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren;

(bb) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung;

(cc) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Bearbeitung oder Verarbeitung durch ein anderes Unternehmen;

(dd) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Einkauf von Gütern oder Waren oder zur Beschaffung von Informationen für das Unternehmen;

(ee) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zur Werbung, zur Erteilung von Auskünften, zur wissenschaftlichen Forschung oder zur Ausübung ähnlicher Tätigkeiten, die für das Unternehmen vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

c) Eine Person, die in einem Vertragstaate für ein Unternehmen des anderen Vertragstaates tätig ist — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Buchstabens e) — gilt als eine in dem erstgenannten Staate belegene Betriebstätte, wenn sie eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens in diesem Staate Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

d) Ein Versicherungsunternehmen eines der Vertragstaaten wird so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Staate, wenn es durch einen Vertreter, der nicht Vertreter im Sinne des Buchstabens e) ist, im Gebiete des anderen Staates Prämien empfängt oder durch den Vertreter auf diesem Gebiet gelegene Risiken versichert.

e) Ein Unternehmen eines Vertragstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragstaate, weil es dort Geschäftsbeziehungen durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter unterhält, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

f) Die Tatsache, daß eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft be-

(bb) une succursale;

(cc) un bureau;

(dd) une usine;

(ee) un atelier;

(ff) une mine, carrière ou autre lieu d'extraction de ressources naturelles;

(gg) un chantier de construction ou de montage dont la durée dépasse douze mois.

b) On ne considère pas qu'il y a établissement stable si:

(aa) il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;

(bb) des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

(cc) des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;

(dd) une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

(ee) une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins de publicité, de fourniture d'informations, de recherche scientifique ou d'activités analogues qui ont pour l'entreprise un caractère préparatoire ou auxiliaire.

c) Une personne agissant dans un État contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre État contractant — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant, visé à l'alinéa (e) ci-après — est considérée comme «établissement stable» dans le premier État si elle dispose dans cet État de pouvoirs qu'elle y exerce habituellement lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que l'activité de cette personne soit limitée à l'achat de marchandises pour l'entreprise.

d) Une entreprise d'assurance de l'un des États contractants est considérée comme ayant un établissement stable dans l'autre État dès l'instant que, par l'intermédiaire d'un représentant n'entrant pas dans la catégorie des personnes visées à l'alinéa (e) ci-après, elle perçoit des primes sur le territoire dudit État ou assure des risques situés sur ce territoire.

e) On ne considère pas qu'une entreprise d un État contractant a un établissement stable dans l'autre État contractant du seul fait qu'elle y effectue des opérations commerciales par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

f) Le fait qu'une société résident d'un État contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est résident de l'autre État con-

herrscht wird, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) Geschäftsbeziehungen unterhält, macht für sich allein die eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen Gesellschaft.

8. Der Begriff „zuständige Behörden" im Sinne dieses Abkommens bedeutet auf seiten Frankreichs das Ministère des Finances (Direction Générale des Impôts) und auf seiten der Bundesrepublik den Bundesminister der Finanzen.

(2) Für die Anwendung dieses Abkommens durch einen der Vertragstaaten wird jeder Begriff, der nicht in diesem Abkommen bestimmt worden ist, die Auslegung erfahren, die sich aus den Gesetzen ergibt, die in diesem Staat in Kraft sind und sich auf Steuern im Sinne dieses Abkommens beziehen, falls der Zusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Artikel 3

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs und des lebenden oder toten Inventars der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe) können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem dieses Vermögen belegen ist.

(2) Der Begriff „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragstaates, in dem das Vermögen belegen ist.

(3) Rechte, auf die die bürgerlich-rechtlichen Vorschriften über Grundstücke Anwendung finden, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen und Rechte auf veränderliche oder feste Lizenzgebühren für die Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen gelten für die Anwendung dieses Artikels als unbewegliches Vermögen; Schiffe gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(4) Die Absätze (1) bis (3) gelten auch für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung des unbeweglichen Vermögens einschließlich der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft. Sie gelten ebenfalls für die Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen.

(5) Die Absätze (1) bis (4) gelten auch für die Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen von Betrieben, die nicht land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind, und für die Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit dient.

Artikel 4

(1) Gewinne eines Unternehmens eines der Vertragstaaten können nur in diesem Staate besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen in dem anderen Staate durch eine dort belegene Betriebstätte gewerblich tätig ist. Ist das Unternehmen auf diese Weise gewerblich tätig, so können in dem anderen Staate die Gewinne des Unternehmens besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie der Betriebstätte zugerechnet werden können. Dieser Teil der Gewinne kann in dem erstgenannten Vertragstaate nicht besteuert werden.

(2) Ist ein Unternehmen eines der Vertragstaaten in dem anderen Staate durch eine dort belegene Betriebstätte gewerblich tätig, so sind dieser Betriebstätte diejenigen Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie sich als selbständiges Unternehmen

tractant ou qui y effectue des opérations commerciales (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces deux sociétés un établissement stable de l'autre.

8. Le terme « autorités compétentes » au sens de la présente convention désigne, en ce qui concerne la France, le Ministère des Finances (Direction Générale des Impôts) et, en ce qui concerne la République Fédérale, le Ministère Fédéral des Finances.

(2) Pour l'application de la présente convention par l'un des États contractants, tout terme non défini dans cette convention recevra, à moins que le contexte ne l'exige autrement, la signification que lui donnent les lois en vigueur dans l'État considéré, en ce qui concerne les impôts visés dans cette convention.

Article 3

(1) Les revenus provenant des biens immobiliers (y compris les accessoires ainsi que le cheptel mort ou vif des entreprises agricoles et forestières) ne sont imposables que dans l'État contractant où ces biens sont situés.

(2) La notion de bien immobilier se détermine d'après les lois de l'État contractant où est situé le bien considéré.

(3) Pour l'application du présent article, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, les droits d'usufruit sur les biens immobiliers et les droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation de gisements minéraux, sources, et autres richesses du sol sont considérés comme biens immobiliers, mais les navires ne sont pas considérés comme biens immobiliers.

(4) Les dispositions des paragraphes (1) à (3) s'appliquent aussi aux revenus procurés par l'exploitation directe, par la location ou l'affermage, ainsi que par toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers, y compris les revenus provenant des entreprises agricoles et forestières. Elles s'appliquent également aux bénéfices résultant de l'aliénation de biens immobiliers.

(5) Les dispositions des paragraphes (1) à (4) s'appliquent également aux revenus des biens immobiliers d'entreprises autres que les entreprises agricoles et forestières ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession libérale.

Article 4

(1) Les bénéfices d'une entreprise de l'un des États contractants ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'entreprise n'effectue des opérations commerciales dans l'autre État par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise effectue de telles opérations commerciales, l'impôt peut être perçu sur les bénéfices de l'entreprise dans l'autre État, mais uniquement dans la mesure où ces bénéfices peuvent être attribués audit établissement stable. Cette fraction des bénéfices n'est pas imposable dans le premier mentionné des États contractants.

(2) Lorsqu'une entreprise de l'un des États contractants effectue des opérations commerciales dans l'autre État par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, sont attribués à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu s'attendre à réaliser s'il avait

mit gleichen oder ähnlichen Geschäften unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen befaßt und mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, Geschäfte wie ein unabhängiges Unternehmen getätigt haben würde.

(3) Anteile eines Mitunternehmers an den Gewinnen eines Unternehmens, das in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft betrieben wird, und Anteile an den Gewinnen einer „société de fait", einer „association en participation" oder einer „société civile" französischen Rechts können nur in dem Staate besteuert werden, in dem das Unternehmen eine Betriebstätte hat, jedoch nur in Höhe des Anteils des Mitunternehmers an den auf die Betriebstätte entfallenden Gewinnen.

(4) Die Absätze (1) und (3) gelten sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutznießung als auch für die durch Vermietung oder jede andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte sowie für Gewinne aus der Veräußerung des Unternehmens im ganzen, eines Anteils am Unternehmen, eines Teiles des Unternehmens oder eines dem Unternehmen dienenden Gegenstandes.

(5) Gewinne, die ein Unternehmen in einem der Vertragstaaten erzielt hat, dürfen einer in dem anderen Staate belegenen Betriebstätte weder ganz noch teilweise deshalb zugerechnet werden, weil das Unternehmen in diesem anderen Staate Güter oder Waren lediglich eingekauft hat.

(6) Bei der Ermittlung des aus der Tätigkeit einer Betriebstätte erzielten Gewinns ist grundsätzlich vom Bilanzergebnis der Betriebstätte auszugehen. Dabei sind alle der Betriebstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich eines Anteils an den Generalunkosten des Unternehmens zu berücksichtigen. In besonderen Fällen kann bei der Ermittlung des Gewinns der Gesamtgewinn des Unternehmens aufgeteilt werden; bei Versicherungsunternehmen ist in solchen Fällen das Verhältnis der Prämieneinnahmen der Betriebstätte zu den gesamten Prämieneinnahmen des Unternehmens zu Grunde zu legen.

(7) Absatz (1) ist entsprechend auf die Gewerbesteuer (contribution des patentes) anzuwenden, die nach einer anderen Bemessungsgrundlage als dem gewerblichen Gewinn erhoben wird.

(8) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich gegebenenfalls über die Grundsätze der Aufteilung der Gewinne des Unternehmens verständigen, wenn eine ordnungsgemäße Buchführung nicht vorhanden ist, aus der die Gewinne, die auf die in ihrem Gebiete belegenen Betriebstätten entfallen, genau und gesondert hervorgehen.

(9) Die Absätze (1) und (3) sind nicht dahin auszulegen, daß sie einem der Vertragstaaten verbieten, in Übereinstimmung mit diesem Abkommen die Einkünfte zu besteuern, die ein Unternehmen des anderen Vertragstaates aus Quellen innerhalb des erstgenannten Staates bezieht (Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, Dividenden), wenn diese Einkünfte keiner im Gebiete des erstgenannten Staates belegenen Betriebstätte zugerechnet werden können.

Artikel 5

Wenn

ein Unternehmen eines der Vertragstaaten an der Geschäftsleitung oder an dem finanziellen Aufbau eines Unternehmens des anderen Vertragstaates unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, oder die gleichen Personen an der Geschäftsleitung oder an dem finanziellen

constitué une entreprise autonome exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant comme une entreprise indépendante avec l'entreprise dont il est un établissement stable.

(3) Les participations d'un associé aux bénéfices d'une entreprise constituée sous forme de société de droit civil, de société en nom collectif ou de société en commandite simple ainsi que les participations aux bénéfices d'une « société de fait », d'une « association en participation » ou d'une « société civile » de droit français ne sont imposables que dans l'État où l'entreprise en question a un établissement stable, mais en proportion seulement des droits de cet associé dans les bénéfices dudit établissement.

(4) Les paragraphes (1) et (3) s'appliquent aussi bien aux revenus provenant de l'administration et de la jouissance directes qu'aux revenus acquis au moyen de la location ou toutes autres formes d'utilisation de l'entreprise industrielle ou commerciale ainsi qu'aux bénéfices provenant de l'aliénation de l'ensemble de l'entreprise, d'une participation dans l'entreprise, d'une partie de l'entreprise ou d'un objet utilisé dans l'entreprise.

(5) Aucune fraction des bénéfices réalisés par une entreprise dans l'un des États contractants n'est attribuée à un établissement stable situé dans l'autre État du fait que l'entreprise a simplement acheté des marchandises dans cet autre État.

(6) Le bénéfice provenant de l'activité d'un établissement stable est déterminé essentiellement d'après le résultat du bilan de cet établissement. Il doit être fait état de toutes les dépenses imputables à l'établissement, y compris une quote-part des frais généraux de l'entreprise. Dans certains cas, aux fins de déterminer le bénéfice, il peut être procédé à une répartition du bénéfice total de l'entreprise; en ce qui concerne les entreprises d'assurance, il convient de prendre pour base, en pareil cas, le rapport existant entre le montant des primes encaissées par l'établissement et l'ensemble des primes encaissées par l'entreprise.

(7) Le paragraphe (1) s'applique par analogie à la contribution des patentes (Gewerbesteuer) perçue sur une autre base que le bénéfice commercial.

(8) Les autorités compétentes des États contractants s'entendront, le cas échéant, pour arrêter les règles de répartition des bénéfices de l'entreprise, à défaut d'une comptabilité régulière faisant ressortir exactement et distinctement les bénéfices afférents aux établissements stables situés sur leur territoire respectif.

(9) Les paragraphes (1) et (3) ne peuvent être interprétés comme interdisant à l'un des États contractants d'imposer, conformément à la présente convention, les revenus provenant de sources situées sur son territoire et bénéficiant à une entreprise de l'autre État contractant (revenus de biens immobiliers, dividendes), au cas où ces revenus ne peuvent être attribués à un établissement stable situé sur le territoire de l'État désigné en premier lieu.

Article 5

Lorsque

une entreprise de l'un des États contractants participe directement ou indirectement à la direction ou à la formation du capital d'une entreprise de l'autre État contractant, ou que les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction ou à

Aufbau eines Unternehmens eines der Vertragstaaten und eines Unternehmens des anderen Vertragstaates unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind,

und wenn in diesen Fällen im Verhältnis beider Unternehmen zueinander für ihre kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die sich von den Bedingungen unterscheiden, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart würden,

so können Gewinne, die ohne diese Bedingungen einem der Unternehmen zugeflossen wären, aber infolge dieser Bedingungen nicht zugeflossen sind, den Gewinnen dieses Unternehmens hinzugerechnet und entsprechend besteuert werden.

la formation du capital d'une entreprise de l'un des États contractants et d'une entreprise de l'autre État contractant,

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions acceptées ou imposées, qui diffèrent de celles qui seraient conclues entre des entreprises indépendantes,

les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été obtenus par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

Artikel 6

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragstaate befindlich, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt. Hat das Schiff keinen Heimathafen in einem der Vertragstaaten, so gilt der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung als in dem Vertragstaate befindlich, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(4) Die Absätze (1) und (2) sind entsprechend auf die Gewerbesteuer (contribution des patentes) anzuwenden, die nach einer anderen Bemessungsgrundlage als dem gewerblichen Gewinn erhoben wird.

Article 6

(1) Les bénéfices de l'exploitation, en trafic international, de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

(2) Les bénéfices de l'exploitation des bateaux servant à la navigation intérieure ne sont imposables que dans l'État contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

(3) Si le siège de la direction effective d'une entreprise de navigation maritime ou intérieure se trouve à bord d'un navire ou d'un bateau, il est réputé situé dans l'État contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou de ce bateau. A défaut de port d'attache dans l'un des États contractants, le siège de la direction effective est réputé situé dans l'État contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est le résident.

(4) Les paragraphes (1) et (2) s'appliquent par analogie à la contribution des patentes (Gewerbesteuer) perçue sur une autre base que le bénéfice commercial.

Artikel 7

(1) Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(2) Absatz (1) gilt nicht, wenn die veräußerte Beteiligung zum Vermögen einer Betriebstätte gehört, die der Veräußerer im anderen Staat unterhält. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

Article 7

(1) Les revenus provenant de la cession d'une participation dans une société de capitaux ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant est le résident.

(2) Le paragraphe (1) ne s'applique pas quand la participation cédée fait partie de l'actif d'un établissement stable que le cédant possède dans l'autre État. Dans ce cas, l'article 4 est applicable.

Artikel 8

(1) In der Bundesrepublik ansässige Gesellschaften, die in Frankreich eine Betriebstätte unterhalten und dort nach Artikel 109—2 des Code Général des Impôts der taxe proportionelle sur le revenu des capitaux mobiliers (Proportionalsteuer von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen) unterliegen, haben diese Steuer nach der genannten Vorschrift zu entrichten.

Der der französischen Proportionalsteuer tatsächlich unterliegende Teilbetrag der Gewinnausschüttung darf jedoch ein Viertel der Einkünfte nicht übersteigen, die nach dem oben angeführten Artikel 109—2 steuerpflichtig sind; dabei dürfen diese Einkünfte den Betrag der von der französischen Betriebstätte erzielten gewerblichen Gewinne nicht übersteigen, der nach diesem Abkommen bei der Veranlagung der Betriebstätte zu der impôt sur les bénéfices des sociétés (Steuer von den Gewinnen der Gesellschaften) zugrunde zu legen ist.

Article 8

(1) Les sociétés résidents de la République Fédérale qui possèdent en France un établissement stable et qui y sont soumises à la taxe proportionnelle sur le revenu des capitaux mobiliers en vertu de l'article 109-2 du code général des impôts, acquittent cet impôt dans les conditions prévues par cette disposition.

Toutefois, la fraction des répartitions de bénéfices effectivement passible de la taxe proportionnelle française ne peut dépasser le quart du revenu taxable selon l'article 109-2 susvisé, ledit revenu ne pouvant lui-même excéder le montant des bénéfices commerciaux réalisés par l'établissement stable français, tel que ce montant est retenu pour l'assiette de l'impôt sur les sociétés dans les conditions prévues par les dispositions de la présente convention.

Kann die Gesellschaft entsprechend den Bedingungen, die die Zustimmung der zuständigen Behörden der Vertragstaaten gefunden haben, nachweisen, daß mehr als drei Viertel der Gesamtheit ihrer Aktien, ihrer Gründeranteile (Genußscheine) oder ihrer Gesellschaftsanteile in der Bundesrepublik ansässigen Personen gehören, so ist der nach dem vorstehenden Unterabsatz der französischen Steuer unterliegende Teilbetrag der Gewinnausschüttungen entsprechend herabzusetzen.

(2) Eine in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft darf in Frankreich wegen ihrer Beteiligung an der Geschäftsführung oder an dem Kapital einer in Frankreich ansässigen Gesellschaft oder wegen irgendeiner anderen Geschäftsbeziehung zu dieser Gesellschaft nicht zur taxe proportionnelle sur le revenu des capitaux mobiliers (Proportionalsteuer für die Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen) herangezogen werden.

Artikel 9

(1) Dividenden können vorbehaltlich der Absätze (2) und (3) nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist.

(2) Jeder der Vertragstaaten behält das Recht, die Steuer von Dividenden nach seinen Rechtsvorschriften im Abzugsweg (an der Quelle) zu erheben. Der Steuerabzug darf jedoch 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Solange in der Bundesrepublik der Satz der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als der Steuersatz für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied 20 vom Hundert oder mehr beträgt, kann abweichend von Absatz (2) Satz 2 die Steuer, die in der Bundesrepublik von den nach dem 31. Dezember 1958 ausgeschütteten Gewinnen im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird, 25 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden betragen, wenn

1. die Dividenden von einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft an eine in Frankreich ansässige Kapitalgesellschaft ausgeschüttet werden und
2. der französischen Gesellschaft mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der deutschen Gesellschaft gehören.

Diese Vorschrift ist in Frankreich sinngemäß auf die von Dividenden im Abzugsweg (an der Quelle) erhobene Steuer anzuwenden, wenn dort der Satz der impôt sur les bénéfices des sociétés (Steuer von den Gewinnen der Gesellschaften) für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als der Satz der Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied 20 vom Hundert oder mehr beträgt.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes (5) gelten als „Dividenden" im Sinne dieses Artikels Einkünfte aus Aktien und ähnlichen Wertpapieren, aus Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung. Als Dividenden gelten auch Ausschüttungen auf Anteilscheine einer Kapitalanlagegesellschaft.

(5) Was die französischen Steuern anbetrifft, so können Einkünfte aus Kommanditanteilen von Frankreich entsprechend seinen gesetzlichen Vorschriften insoweit besteuert werden, als Frankreich nach den Artikeln 4 und 6 das Recht zur Besteuerung des Gewinns hat, aus dem diese Einkünfte stammen.

(6) Die Absätze (1) bis (3) gelten nicht, wenn der Bezugsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragstaat eine Betriebstätte hat und die Anteile zum Vermögen dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

Si la société peut justifier, dans des conditions qui auront reçu l'accord des autorités compétentes des États contractants, que plus des trois quarts de l'ensemble de ses actions, de ses parts de fondateur (bons de jouissance) ou de ses parts sociales appartiennent à des résidents de la République Fédérale, la fraction des répartitions de bénéfices passible de l'impôt français d'après l'alinéa qui précède, est réduite à due concurrence.

(2) Une société résident de la République Fédérale n'est pas soumise en France à la taxe proportionnelle sur le revenu des capitaux mobiliers en raison de sa participation dans la gestion ou dans le capital d'une société résident de la France ou à cause de tout autre rapport avec cette société.

Article 9

(1) Sous réserve des paragraphes (2) et (3), les dividendes ne sont imposables que dans l'État contractant dont le bénéficiaire est le résident.

(2) Chacun des États contractants conserve le droit de percevoir l'impôt sur les dividendes par voie de retenue à la source, conformément à sa législation. Toutefois, ce prélèvement ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des dividendes.

(3) Par dérogation au paragraphe (2), phrase 2, aussi longtemps que dans la République Fédérale le taux de l'impôt sur les sociétés pour les bénéfices distribués reste inférieur au taux fixé pour les bénéfices non distribués et que la différence est de 20 p. 100 au moins, l'impôt prélevé à la source dans la République Fédérale sur les dividendes qui seront mis en distribution après le 31 décembre 1958 pourra s'élever à 25 p. 100 du montant brut des dividendes, si

1. les dividendes sont distribuées par une société de capitaux résident de la République Fédérale à une société de capitaux résident de la France, et si
2. la société française détient au moins 25 p. 100 du capital social de la société allemande.

Cette disposition s'appliquerait en France, mutadis mutandis, à l'impôt prélevé à la source sur les dividendes au cas où le taux de l'impôt sur les bénéfices des sociétés, pour les bénéfices distribués, y deviendrait inférieur au taux de l'impôt applicable aux bénéfices non distribués et où la différence serait de 20 p. 100 au moins.

(4) Sous réserve du paragraphe (5), sont considérés comme «dividendes», au sens du présent article, les produits des actions et titres assimilés, des parts de sociétés à responsabilité limitée, ainsi que les revenus qu'un «stiller Gesellschafter» tire de sa participation. Sont également considérées comme dividendes les distributions afférentes à des participations dans un fonds d'investissement.

(5) En ce qui concerne les impôts français, les revenus provenant de parts de commandite peuvent être imposés par la France, conformément à sa législation, dans la mesure où les dispositions des articles 4 et 6 lui confèrent le droit d'imposer le bénéfice d'où sont tirés ces revenus.

(6) Les paragraphes (1) à (3) ne s'appliquent pas quand le bénéficiaire des dividendes possède un établissement stable dans l'autre État contractant et que les participations font partie de l'actif de cet établissement. Dans ce cas, l'article 4 est applicable.

Artikel 10

(1) Zinsen und sonstige Einkünfte aus Schuldverschreibungen, Kassenscheinen, Darlehen und Depots oder irgendeiner anderen Forderung können ohne Rücksicht darauf, ob sie durch Grundpfandrechte gesichert sind oder nicht, nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist.

(2) Absatz (1) gilt nicht, wenn der Bezugsberechtigte der Zinsen oder der sonstigen Einkünfte im anderen Vertragstaat eine Betriebstätte hat und die Forderung zum Vermögen dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

Article 10

(1) Les intérêts et autres produits des obligations, bons de caisse, prêts et dépôts ou de toutes autres créances, assortis ou non de garanties hypothécaires, ne sont imposables que dans l'État contractant dont le bénéficiaire est le résident.

(2) Le paragraphe (1) ne s'applique pas quand le bénéficiaire des intérêts ou autres produits possède dans l'autre État contractant un établissement stable et que la créance fait partie de l'actif de cet établissement. Dans ce cas, l'article 4 est applicable.

Artikel 11

(1) Tantiemen, Anwesenheitsgelder und sonstige Vergütungen, die Mitglieder des Aufsichtsrates von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien oder Mitglieder ähnlicher Organe in dieser Eigenschaft erhalten, können vorbehaltlich des Absatzes (2) nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist.

(2) Jeder der Vertragstaaten behält das Recht, die Steuer von den in Absatz (1) bezeichneten Einkünften nach seinen Rechtsvorschriften im Abzugsweg (an der Quelle) zu erheben.

(3) Vergütungen, die die in Absatz (1) bezeichneten Personen in anderer Eigenschaft beziehen, sind je nach Art der Vergütung nach Artikel 12 oder nach Artikel 13 zu behandeln.

Article 11

(1) Sous réserve du paragraphe (2), les tantièmes, jetons de présence et autres allocations attribués aux membres du Conseil d'administration ou de surveillance des sociétés anonymes et des sociétés en commandite par actions ou aux membres d'organes analogues et qui leur sont alloués en leur dite qualité ne sont imposables que dans l'État contractant dont le bénéficiaire est le résident.

(2) Chacun des États contractants conserve le droit de percevoir l'impôt sur les revenus visés au paragraphe (1) par voie de retenue à la source, conformément à sa législation.

(3) Les rémunérations que les personnes visées au paragraphe (1) reçoivent en une autre qualité entrent selon leur nature dans les prévisions de l'article 12 ou de l'article 13.

Artikel 12

(1) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit und alle übrigen Einkünfte aus Arbeit, die nicht in den Artikeln 13 und 14 aufgeführt sind, können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem die persönliche Tätigkeit, aus der die Einkünfte herrühren, ausgeübt wird.

(2) Eine freiberufliche Tätigkeit gilt nur dann als in einem der Vertragstaaten ausgeübt, wenn der Steuerpflichtige seine Tätigkeit unter Benutzung einer ihm dort regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung ausübt. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht, wenn es sich um eine selbständige Tätigkeit von Künstlern, Berufssportlern, Artisten, Vortragskünstlern oder anderen Personen handelt, die in Form von öffentlichen Darbietungen ausgeübt wird.

(3) Artikel 4 Absatz (4) gilt sinngemäß.

Article 12

(1) Les revenus provenant de l'exercice d'une profession libérale et tous les revenus du travail autres que ceux visés aux articles 13 et 14 ne sont imposables que dans l'État contractant où s'exerce l'activité personnelle, source de ces revenus.

(2) Une profession libérale n'est considérée comme s'exerçant dans l'un des États contractants que dans le cas où le contribuable y utilise pour cette activité une installation permanente dont il dispose de façon régulière. Cette condition n'est toutefois pas applicable lorsqu'il s'agit de manifestations publiques de l'activité indépendante d'artistes, de professionnels du sport ou du spectacle, de conférenciers ou autres personnes.

(3) L'article 4, paragraphe (4) s'applique par analogie.

Artikel 13

(1) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit können vorbehaltlich der Vorschriften der nachstehenden Absätze nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem die persönliche Tätigkeit, aus der die Einkünfte herrühren, ausgeübt wird. Als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten insbesondere Gehälter, Besoldungen, Löhne, Gratifikationen oder sonstige Bezüge sowie alle ähnlichen Vorteile, die von anderen als den in Artikel 14 bezeichneten Personen gezahlt oder gewährt werden.

(2) Entgelte für eine Tätigkeit, die an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr oder an Bord eines der Binnenschiffahrt dienenden Schiffes ausgeübt wird, können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Erhebt dieser Staat keine Steuer von diesen Entgelten, so können sie in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem die Bezugsberechtigten ansässig sind.

Article 13

(1) Sous réserve des dispositions des paragraphes ci-après, les revenus provenant d'un travail dépendant ne sont imposables que dans l'État contractant où s'exerce l'activité personnelle source de ces revenus. Sont considérés notamment comme revenus provenant d'un travail dépendant, les appointements, traitements, salaires, gratifications ou autres émoluments, ainsi que tous les avantages analogues payés ou alloués par des personnes autres que celles visées à l'article 14.

(2) Les rémunérations afférentes à une activité exercée à bord d'un navire ou d'un aéronef en trafic international, ou à bord d'un bateau servant à la navigation intérieure, ne sont imposables que dans l'État contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise. Si cet État ne perçoit pas d'impôt sur lesdites rémunérations, celles-ci sont imposables dans l'État contractant dont les bénéficiaires sont les résidents.

(3) Absatz (1) gilt nicht für die in einem der Vertragstaaten ansässigen Studenten, die gegen Entgelt bei einem Unternehmen des anderen Vertragstaates nicht länger als 183 Tage in einem Kalenderjahr beschäftigt werden, um die notwendige praktische Ausbildung zu erhalten. Die Einkünfte aus dieser Tätigkeit können nur in dem Staate besteuert werden, in dem der Student ansässig ist.

(4) Abweichend von Absatz (1) können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist, wenn dieser Arbeitnehmer

1. sich vorübergehend, zusammen nicht länger als 183 Tage im Lauf eines Kalenderjahres in dem anderen Staat aufhält;
2. für seine während dieser Zeit ausgeübte Tätigkeit von einem Arbeitgeber entlohnt wird, der in dem erstgenannten Staat ansässig ist, und
3. seine Tätigkeit nicht zu Lasten einer in dem anderen Staate belegenen Betriebstätte oder ständigen Einrichtung des Arbeitgebers ausübt.

(5) Abweichend von den Absätzen (1), (3) und (4) können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit von Personen, die im Grenzgebiet eines der Vertragstaaten wohnen und im Grenzgebiet des anderen Staates arbeiten, nur in dem Staate besteuert werden, in dem sie ansässig sind. Für die Auslegung des Begriffs „Grenzgebiet" ist die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über Grenzgänger vom 10. Juli 1950 maßgebend.

(6) Private Ruhegehälter und Leibrenten können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist.

(3) Le paragraphe (1) ne s'applique pas aux étudiants résidents de l'un des États contractants qui sont occupés à titre onéreux par une entreprise de l'autre État contractant au maximum 183 jours dans le courant d'une année civile afin d'acquérir la formation pratique nécessaire. Les revenus provenant d'une telle activité ne sont imposables que dans l'État dont l'étudiant est le résident.

(4) Par dérogation au paragraphe (1), les revenus provenant d'un travail dépendant ne peuvent être imposés que dans l'État contractant dont le salarié est le résident:

1. Si le séjour temporaire de celui-ci dans l'autre État n'excède pas une durée totale de 183 jours au cours d'une année civile,
2. si sa rémunération pour l'activité exercée pendant ce séjour est payée par un employeur résident du premier État, et
3. s'il n'exerce pas son activité à la charge d'un établissement stable ou d'une installation permanente de l'employeur situés dans l'autre État.

(5) Par dérogation aux paragraphes (1), (3) et (4), les revenus provenant du travail dépendant de personnes habitant dans la zone frontalière de l'un des États contractants et travaillant dans la zone frontalière de l'autre État ne sont imposables que dans l'État dont ces personnes sont les résidents. La «zone frontalière» de chaque État est celle définie par l'accord frontalier du 10 juillet 1950 entre la République Fédérale d'Allemagne et la France.

(6) Les pensions de retraite privées et les rentes viagères ne sont imposables que dans l'État contractant dont le bénéficiaire est le résident.

Artikel 14

(1) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen sowie Ruhegehälter, die einer der Vertragstaaten, ein Land oder eine juristische Person des öffentlichen Rechtes dieses Staates oder Landes an in dem anderen Staat ansässige natürliche Personen für gegenwärtige oder frühere Dienstleistungen in der Verwaltung oder in den Streitkräften zahlt, können nur in dem erstgenannten Staate besteuert werden. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vergütungen an Personen gezahlt werden, die die Staatsangehörigkeit des anderen Staates besitzen, ohne zugleich Staatsangehörige des erstgenannten Staates zu sein; in diesem Falle können die Vergütungen nur von dem Staate besteuert werden, in dem diese Personen ansässig sind.

(2) Absatz (1) Satz 1 gilt auch für

1. Bezüge, die aus der gesetzlichen Sozialversicherung gezahlt werden;
2. Pensionen, Leibrenten und andere wiederkehrende oder nicht wiederkehrende Bezüge, die von einem der Vertragstaaten, einem Land oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechtes dieses Staates oder Landes als Vergütung für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

(3) Absatz (1) gilt nicht für Zahlungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines der beiden Vertragstaaten, eines Landes oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechtes dieses Staates oder Landes stehen.

Article 14

(1) Les traitements, salaires et rémunérations analogues ainsi que les pensions de retraite versés par un des États contractants, un Land ou par une personne morale de droit public de cet État ou Land à des personnes physiques résidents de l'autre État en considération de services administratifs ou militaires actuels ou antérieurs, ne sont imposables que dans le premier État. Toutefois, cette disposition ne trouve pas à s'appliquer lorsque les rémunérations sont allouées à des personnes possédant la nationalité de l'autre État sans être en même temps ressortissants du premier État; en ce cas, les rémunérations ne sont imposables que dans l'État dont ces personnes sont les résidents.

(2) Les dispositions du paragraphe (1), phrase 1 sont également applicables:

1. aux sommes versées au titre des assurances sociales légales;
2. aux pensions, rentes viagères et autres prestations, périodiques ou non, versées par l'un des États contractants, un Land ou une autre personne morale de droit public de cet État ou Land en raison de dommages subis du fait des hostilités ou de persécutions politiques.

(3) Les dispositions du paragraphe (1) ne sont pas applicables aux rémunérations versées au titre de services rendus à l'occasion d'une activité commerciale ou industrielle exercée, à des fins lucratives, par l'un des deux États contractants, un Land ou une personne morale de droit public de cet État ou Land.

Artikel 15

(1) Lizenzgebühren und andere Vergütungen für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Markenrechten, Gebrauchsmustern, Plänen, geheimen Verfahren und Formeln oder ähnlichen Gütern oder Rechten werden nur in dem Vertragstaate besteuert, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist.

(2) Wie Lizenzgebühren werden Mietgebühren und ähnliche Vergütungen für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen und für die Überlassung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen behandelt.

(3) Veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung von Bergwerken, Steinbrüchen oder anderen Stätten der Ausbeutung von Bodenschätzen gelten nicht als Lizenzgebühren.

(4) Absatz (1) gilt auch für Einkünfte aus der Veräußerung der in den Absätzen (1) und (2) genannten Güter und Rechte.

(5) Die Absätze (1) bis (4) gelten nicht, wenn der Bezugsberechtigte der Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen in dem Vertragstaat, aus dem diese Einkünfte stammen, eine Betriebstätte unterhält oder eine feste Geschäftseinrichtung, die der Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit oder einer anderen selbständigen Tätigkeit dient, und wenn diese Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen dieser Betriebstätte oder festen Geschäftseinrichtung zuzurechnen sind. In diesem Falle hat der genannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Article 15

(1) Les redevances et autres rémunérations pour l'usage ou le droit à l'usage de droits d'auteur sur des œuvres littéraires, artistiques ou scientifiques, y compris les films cinématographiques, de brevets, de marques de fabrique ou de commerce, de dessins ou de modèles, de plans, de procédés ou de formules secrets ou de tous biens ou droits analogues ne sont imposables que dans l'État contractant dont le bénéficiaire est le résident.

(2) Sont traités comme les redevances, les droits de location et rémunérations analogues pour l'usage ou le droit à l'usage d'équipements industriels, commerciaux ou scientifiques et pour la fourniture d'informations concernant des expériences d'ordre industriel, commercial ou scientifique.

(3) Ne sont pas considérés comme redevances les paiements variables ou fixes pour l'exploitation de mines, carrières ou autres ressources naturelles.

(4) Le paragraphe (1) s'applique également aux bénéfices provenant de l'aliénation des biens et droits mentionnés aux paragraphes (1) et (2).

(5) Les paragraphes (1) à (4) ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des redevances ou autres rémunérations entretient dans l'État contractant dont proviennent ces revenus un établissement stable ou une installation fixe d'affaires servant à l'exercice d'une profession libérale ou d'une autre activité indépendante et que ces redevances ou autres rémunérations sont à attribuer à cet établissement stable ou à cette installation fixe d'affaires. Dans ce cas, ledit État a le droit d'imposer ces revenus.

Artikel 16

Hochschullehrer oder Lehrer, die in einem der Vertragstaaten ansässig sind und während eines vorübergehenden Aufenthaltes von höchstens zwei Jahren eine Vergütung für eine Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule, Schule oder einer anderen Lehranstalt in dem anderen Staat erhalten, können hinsichtlich dieser Vergütung nur in dem erstgenannten Staate besteuert werden.

Article 16

Les professeurs ou instituteurs résidents de l'un des États contractants qui, au cours d'un séjour provisoire d'un maximum de deux ans, perçoivent une rémunération pour une activité pédagogique exercée dans une université, une école supérieure, une école ou un autre établissement d'enseignement dans l'autre État ne sont imposables au titre de cette rémunération que dans le premier État.

Artikel 17

Studenten, Lehrlinge und Praktikanten aus einem der Vertragstaaten, die sich in dem anderen Staat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhalten, sind in dem anderen Staat hinsichtlich der Bezüge steuerbefreit, die sie in Form von Unterhalts-, Studien- oder Ausbildungsgeldern aus dem Ausland empfangen.

Article 17

Les étudiants, apprentis et stagiaires de l'un des États contractants qui séjournent dans l'autre État à seule fin d'y faire leurs études ou d'y acquérir la formation professionnelle ne sont soumis à aucune imposition de la part de ce dernier État pour les subsides d'origine étrangère qu'ils reçoivent sous forme d'allocation d'entretien, d'étude ou de formation.

Artikel 18

Einkünfte, die in den vorhergehenden Artikeln nicht behandelt sind, können nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte, dem diese Einkünfte zustehen, ansässig ist.

Article 18

Les revenus non mentionnés aux articles précédents ne sont imposables que dans l'État contractant dont le bénéficiaire de ces revenus est résident.

Artikel 19

Für die laufenden Steuern vom Vermögen gilt folgendes:

1. Besteht das Vermögen aus
   a) unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs),
   b) gewerblichen Unternehmen, einschließlich der Unternehmen der Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt und Luftfahrt, oder

Article 19

Les impôts permanents sur la fortune sont perçus conformément aux règles suivantes:

1. Si la fortune consiste en
   a) fortune immobilière (y compris les accessoires),
   b) entreprises industrielles et commerciales, y compris les entreprises de navigation maritime, de navigation intérieure et de navigation aérienne, ou

c) Vermögensgegenständen, die der Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit dienen.

so kann es nur in dem Vertragstaate besteuert werden, der nach den vorhergehenden Artikeln das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus diesem Vermögen hat.

2. Alle anderen Vermögensgegenstände können nur in dem Staate besteuert werden, in dem der Eigentümer ansässig ist.

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen beschränkt nicht das Recht des Vertragstaates, in dem eine Person ansässig ist, die Steuern von den ihm zur Besteuerung überlassenen Einkünften oder Vermögensteilen nach dem Satze zu erheben, der dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen dieser Person entspricht.

(2) Die Steuer, die

1. von Dividenden nach Artikel 9 Absätze (2) und (3) im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird,

2. von den in Artikel 11 Absatz (1) bezeichneten Einkünften nach Artikel 11 Absatz (2) im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird,

wird auf die Steuer angerechnet, die von diesen Dividenden oder Einkünften in dem Vertragstaat erhoben wird, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist.

(3) Abweichend von Absatz (2) sind Dividenden, die von einer in Frankreich ansässigen Kapitalgesellschaft an eine in der Bundesrepublik ansässige Kapitalgesellschaft gezahlt werden, in der Bundesrepublik steuerfrei, wenn der deutschen Gesellschaft mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der französischen Gesellschaft gehören.

(4) Abweichend von Artikel 19 Nr. 2 sind die Anteile an einer in Frankreich ansässigen Kapitalgesellschaft, die einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft gehören, in der Bundesrepublik von der Vermögensteuer befreit, wenn der deutschen Gesellschaft mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der französischen Gesellschaft gehören.

Artikel 21

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragstaates dürfen in dem anderen Vertragstaate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Begriff „Staatsangehörige" bedeutet:

1. in bezug auf Frankreich
alle natürlichen Personen, die die französische Staatsangehörigkeit besitzen;
2. in bezug auf die Bundesrepublik
alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
3. alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Staatenlose dürfen in einem Vertragstaate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammen-

c) biens servant à l'exercice d'une profession libérale,

elle n'est imposable que dans l'État contractant qui, en vertu des articles précédents, a le droit d'imposer les revenus qui proviennent de cette fortune.

2. Tous les autres biens ne sont imposables que dans l'État dont le propriétaire est résident.

Article 20

(1) La présente convention ne limite pas le droit de l'État contractant dont une personne est le résident de calculer au taux correspondant à l'ensemble du revenu ou à l'ensemble de la fortune de cette personne les impôts frappant les revenus ou les éléments de la fortune qui sont réservés à son imposition.

(2) L'impôt

1. sur les dividendes, perçu par voie de retenue à la source conformément à l'article 9, paragraphes (2) et (3),
2. sur les revenus visés à l'article 11, paragraphe (1), et perçu par voie de retenue à la source conformément au paragraphe (2) dudit article,

est imputé sur l'impôt afférent à ces dividendes ou revenus qui est perçu dans l'État contractant dont le bénéficiaire est le résident.

(3) Par dérogation au paragraphe (2), les dividendes versés par une société de capitaux résident de la France à une société de capitaux résident de la République Fédérale sont exonérés d'impôts dans la République Fédérale si la société allemande détient au moins 25 p. 100 du capital social de la société française.

(4) Par dérogation à l'article 19-2, les participations dans une société de capitaux résident de la France, détenues par une société de capitaux résident de la République Fédérale, sont exonérées de l'impôt sur la fortune dans la République Fédérale, si la société allemande détient au moins 25 p. 100 du capital social de la société française.

Article 21

(1) Les nationaux d'un État contractant ne sont soumis dans l'autre État contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que les impositions et les obligations y relatives auxquelles sont ou pourront être assujettis les nationaux de cet autre État se trouvant dans la même situation.

(2) Le terme « nationaux » désigne:

1. En ce qui concerne la France,
toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité française;
2. En ce qui concerne la République Fédérale,
tous les Allemands au sens de l'article 116, paragraphe 1, de la Loi fondamentale de la République Fédérale d'Allemagne;
3. Toutes les personnes morales, sociétés de personnes et associations constituées conformément à la législation en vigueur dans un État contractant.

(3) Les apatrides ne sont soumis dans un État contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que les impositions et les obligations y relatives auxquelles sont ou pourront être as-

hängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen dieses Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaate hat, darf in dem anderen Vertragstaate nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen dieses anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Vorschrift ist nicht dahin auszulegen, daß sie einen Vertragstaat verpflichtet, den in dem anderen Vertragstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(5) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder der Kontrolle dieser Personen unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragstaate keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) In diesem Artikel bedeutet der Begriff „Besteuerung" Steuern jeder Art und Bezeichnung.

sujettis les nationaux de cet État se trouvant dans la même situation.

(4) L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant n'est pas établie dans cet autre État d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre État qui exercent la même activité.

Cette disposition ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder aux résidents de l'autre État contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

(5) Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que les impositions et les obligations y relatives auxquelles sont ou pourront être assujetties les autres entreprises de même nature de ce premier État.

(6) Le terme « imposition » désigne dans le présent article les impôts de toute nature et dénomination.

Artikel 22

(1) Die Vertragstaaten werden sich bei der Veranlagung und Erhebung der in Artikel 1 bezeichneten Steuern gegenseitig Amts- und Rechtshilfe gewähren.

(2) Zu diesem Zwecke kommen die Vertragstaaten dahin überein, daß sich ihre zuständigen Behörden gegenseitig insbesondere die steuerlichen Auskünfte erteilen, die ihnen zur Verfügung stehen oder die sie sich auf Grund ihrer gesetzlichen Vorschriften beschaffen können, und die zur Durchführung dieses Abkommens sowie zur Verhinderung der Steuerhinterziehung erforderlich sind. Der Inhalt dieser Mitteilungen ist geheimzuhalten und nur solchen Personen zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen Vorschriften mit der Veranlagung und Erhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens beauftragt sind.

(3) Die Vorschriften dieses Artikels dürfen nicht dahin ausgelegt werden, daß sie einen der Vertragstaaten verpflichten, dem anderen Staat Auskünfte zu erteilen, die er nach seinem eigenen Steuerrecht nicht verlangen kann oder die ein gewerbliches oder berufliches Geheimnis verletzen würden. Die Vorschriften dieses Artikels dürfen auch nicht dahin ausgelegt werden, daß sie einen der Vertragstaaten verpflichten, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von seinen Vorschriften oder seiner Verwaltungspraxis abweichen. Das Auskunftsersuchen kann auch abgelehnt werden, wenn der ersuchte Staat die Auskünfte für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden oder seine allgemeinen Interessen zu beeinträchtigen.

(4) Stellt der Vertragstaat, der die Auskünfte erhält, fest, daß sie nicht den Tatsachen entsprechen, so wird die zuständige Behörde dieses Staates, falls sie glaubt, daß dies tunlich und für den anderen Staat von Interesse ist, die erhaltenen Unterlagen so bald wie möglich der

Article 22

(1) Les États contractants se prêteront mutuellement une assistance administrative et juridique en ce qui concerne l'assiette et le recouvrement des impôts visés à l'article 1.

(2) A cette fin, les États contractants conviennent que leurs autorités compétentes échangeront notamment les renseignements d'ordre fiscal dont elles disposent ou qu'elles peuvent se procurer conformément à leur législation et qui leur seraient nécessaires pour l'application de la présente convention ainsi que pour éviter l'évasion fiscale. Ces renseignements conserveront un caractère secret et ne seront communiqués qu'aux personnes chargées, en vertu des dispositions légales, de l'assiette et du recouvrement des impôts visés par la présente convention.

(3) Les dispositions du présent article ne pourront en aucun cas être interprétées comme imposant à l'un des États contractants l'obligation de communiquer à l'autre État des renseignements autres que ceux que sa propre législation fiscale lui permet d'obtenir ou dont la production impliquerait la violation d'un secret industriel, commercial ou professionnel. Les dispositions du présent article ne pourront pas non plus être interprétées comme imposant à l'un des États contractants l'obligation d'accomplir des actes administratifs qui ne seraient pas conformes à ses dispositions ou à ses pratiques administratives. L'assistance pourra également être refusée lorsque l'État requis estimera qu'elle serait de nature à mettre en danger sa souveraineté ou sa sécurité ou qu'elle porterait atteinte à ses intérêts généraux.

(4) Si l'État contractant qui reçoit les renseignements constate qu'ils ne sont pas conformes aux faits, l'autorité compétente de cet État, pour autant qu'elle estime qu'une telle mesure est possible et présente quelque intérêt pour l'autre État, renverra le plus tôt possible les documents

zuständigen Behörde des anderen Staates unter Angabe des Grundes der Rücksendung und der von ihr festgestellten Tatsachen zurücksenden.

Artikel 23

(1) Die Vertragstaaten werden sich bei einer entsprechend ihren gesetzlichen Vorschriften durchgeführten Erhebung von Steuern, Abgaben, Steuerzuschlägen (majorations de droits, droits en sus), Verspätungszuschlägen, Zinsen und Kosten gegenseitig Hilfe und Beistand leisten, wenn diese Beträge nach den Gesetzen des ersuchenden Staates rechtskräftig geschuldet sind.

(2) Dem Ersuchen sind die Urkunden beizufügen, die nach den Gesetzen des ersuchenden Staates erforderlich sind, um nachzuweisen, daß die einzuziehenden Beträge rechtskräftig geschuldet sind.

(3) Liegen diese Urkunden vor, so wird der ersuchte Staat die Zustellungen, Einziehungs- und Beitreibungsmaßnahmen in dem ersuchten Staate nach den Gesetzen durchführen, die für die Einziehung und Beitreibung seiner eigenen Steuern gelten. Insbesondere sind die Vollstreckungstitel in der Form auszufertigen, die in den gesetzlichen Vorschriften dieses Staates vorgesehen ist.

(4) Ist gegen Steuerforderungen noch ein Rechtsmittel zulässig, so kann der Gläubigerstaat für die Wahrung seiner Rechte von dem anderen Staate verlangen, daß die Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, die nach den gesetzlichen Vorschriften des anderen Staates zulässig sind.

Artikel 24

(1) Für die Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der beiden Vertragstaaten gelten die folgenden besonderen Vorschriften.

Diese Mitglieder werden im Empfangsstaate zu den in Artikel 1 bezeichneten Steuern nur mit den in Artikel 3 genannten Einkünften und den in Artikel 19 Nr. 1 Buchstabe a) und b) behandelten Vermögen herangezogen oder soweit die Steuer im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird. Dies gilt auch für Personen, die in den Diensten dieser Vertretungen oder ihrer Mitglieder stehen.

(2) Absatz (1) gilt für die genannten Personen nur, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen und außerhalb ihres Amtes oder Dienstes im anderen Staate keinen Beruf, kein Gewerbe und keine andere, nicht nur gelegentliche gewinnbringende Tätigkeit ausüben.

(3) Für Wahlkonsuln gelten die Absätze (1) und (2) nicht. Wahlkonsuln, die nur die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, werden mit ihren Dienstbezügen, die sie als Entgelt für die Tätigkeit als Konsuln erhalten, im Empfangsstaate nicht zu den Steuern vom Einkommen herangezogen.

(4) Werden auf Grund dieses Artikels die Einkünfte oder das Vermögen im Empfangsstaate nicht besteuert, so bleibt ihre Besteuerung dem Entsendestaate vorbehalten.

(5) Dieser Artikel berührt nicht die weitergehenden Befreiungen, die gegebenenfalls nach allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder besonderen Vereinbarungen den diplomatischen oder konsularischen Beamten gewährt werden; soweit auf Grund dieser weitergehenden Befreiungen Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaate nicht besteuert werden, bleibt ihre Besteuerung dem Entsendestaate vorbehalten.

reçus à l'autorité compétente de l'autre État en lui indiquant les motifs du renvoi, et en lui faisant part des faits tels qu'elle les aura constatés.

Article 23

(1) Les États contractants se prêteront mutuellement assistance et appui en vue de recouvrer, suivant les règles propres à leur législation, les impôts, taxes, majorations de droits, droits en sus, indemnités de retard, intérêts et frais, lorsque ces sommes sont définitivement dues en application des lois de l'État demandeur.

(2) La demande formulée à cette fin doit être accompagnée des documents exigés par les lois de l'État requérant pour établir que les sommes à recouvrer sont définitivement dues.

(3) Au vu de ces documents, l'État requis procède aux significations et aux mesures de recouvrement et de perception conformément aux lois applicables pour le recouvrement et la perception de ses propres impôts. Les titres de perception, en particulier, sont rendus exécutoires dans la forme prévue par la législation de cet État.

(4) En ce qui concerne les créances fiscales qui sont susceptibles de recours, l'État créancier, pour la sauvegarde de ses droits, peut demander à l'autre État de prendre les mesures conservatoires que la législation de celui-ci autorise.

Article 24

(1) Les dispositions particulières ci-après sont applicables aux membres des représentations diplomatiques et consulaires des deux États contractants.

Ces membres ne seront assujettis aux impôts visés à l'article 1, dans l'État auprès duquel ils sont accrédités, que pour les revenus spécifiés à l'article 3 et pour la fortune mentionnée à l'article 19-1, alinéas a) et b) ou dans la mesure où l'impôt est perçu par voie de retenue à la source. Cette disposition est également applicable aux personnes qui sont au service de ces représentations ou de leurs membres.

(2) Les dispositions du paragraphe (1) ne sont applicables auxdites personnes que si elles ont la nationalité de l'État représenté et dans la mesure où elles n'exercent en dehors de leurs fonctions ou de leur service, aucun métier ou commerce et aucune autre activité lucrative non point seulement occasionnelle, dans l'autre État.

(3) Les dispositions des paragraphes (1) et (2) ne sont pas applicables aux consuls élus. Les consuls élus qui ne possèdent d'autre nationalité que celle de l'Etat représenté ne sont pas soumis aux impôts sur le revenu dans l'État où ils sont accrédités sur les émoluments qu'ils perçoivent à titre d'indemnité pour leurs fonctions consulaires.

(4) Lorsqu'en vertu du présent article, les revenus ou la fortune ne sont pas imposés dans l'État où le représentant est accrédité, l'État représenté conserve le droit de les imposer.

(5) Les dispositions du présent article ne portent pas atteinte aux exemptions plus larges qui seraient éventuellement accordées aux agents diplomatiques et consulaires, en vertu des règles générales du droit des gens ou de conventions particulières; lorsque les agents dont il s'agit sont de ce fait exonérés, dans l'État où ils sont accrédités, des impôts sur le revenu ou sur la fortune, l'État représenté conserve le droit de les imposer.

Artikel 25

(1) Weist eine Person nach, daß Maßnahmen der Finanzbehörden der Vertragstaaten für sie bei den in Artikel 1 bezeichneten Steuern die Wirkung einer Doppelbesteuerung gehabt haben oder haben können, so kann sie sich an den Staat wenden, in dem sie ansässig ist.

(2) Werden die Einwendungen für begründet erachtet, so kann sich die zuständige Behörde dieses Staates mit der zuständigen Behörde des anderen Staates verständigen, um die Doppelbesteuerung zu vermeiden.

(3) Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, sowie zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Anwendung dieses Abkommens auftreten, werden sich die zuständigen Behörden der Vertragstaaten verständigen.

(4) Erweist es sich als zweckmäßig, eine Verständigung durch mündliche Besprechungen herbeizuführen, so kann damit eine gemischte Kommission beauftragt werden, die aus Vertretern der Verwaltungen der Vertragstaaten gebildet wird; die Vertreter werden von den zuständigen Behörden bestimmt.

Article 25

(1) Toute personne qui prouve que les mesures prises par les autorités fiscales des États contractants ont entraîné ou sont susceptibles d'entraîner pour elle une double imposition en ce qui concerne les impôts visés à l'article 1, peut adresser une demande à l'État dont elle est le résident.

(2) Si le bien-fondé de cette demande est reconnu, l'autorité compétente de cet État peut s'entendre avec l'autorité compétente de l'autre État pour éviter la double imposition.

(3) Les autorités compétentes des États contractants s'entendront pour éviter la double imposition dans les cas non réglés par la présente convention ainsi que pour aplanir les difficultés ou les doutes auxquels l'application de la présente convention pourrait donner lieu.

(4) S'il apparaît que, pour parvenir à une entente, des pourparlers soient opportuns, ceux-ci seront confiés à une commission mixte formée de représentants des administrations des États contractants désignés par les autorités compétentes.

Artikel 26

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden die Verwaltungsmaßnahmen treffen, die für die Anwendung dieses Abkommens notwendig sind.

(2) Diese Behörden können durch Vereinbarung die Maßnahmen der Amts- und Rechtshilfe, die in den Artikeln 22 und 23 vorgesehen sind, ausdehnen auf die Veranlagung und Erhebung von

1. Steuern, die in Artikel 1 dieses Abkommens bezeichnet sind und sich auf einen vor dem Inkrafttreten des Abkommens liegenden Zeitraum beziehen;
2. Steuern und Abgaben, die nicht unter Artikel 1 bezeichnet sind.

Article 26

(1) Les autorités compétentes des États contractants arrêteront les mesures administratives nécessaires pour l'application de la présente convention.

(2) Ces mêmes autorités pourront, d'une commune entente, décider d'étendre les mesures d'assistance administrative et juridique prévues aux articles 22 et 23 à l'assiette et au recouvrement:

1. des impôts visés à l'article 1 de la présente convention et se rapportant à une période antérieure à l'entrée en vigueur de la convention;
2. des impôts et taxes autres que ceux visés à l'article 1.

Artikel 27

(1) Die Anwendung der Vorschriften dieses Abkommens kann ganz oder teilweise mit den gegebenenfalls als notwendig erachteten Änderungen auf jedes Gebiet ausgedehnt werden, für dessen internationale Beziehungen Frankreich verantwortlich ist, und in dem Steuern erhoben werden, die den Steuern im Sinne dieses Abkommens entsprechen.

(2) Die in Absatz (1) vorgesehene Ausdehnung des Geltungsbereichs wird von den Vertragstaaten durch Noten festgelegt, die auf diplomatischem Wege ausgetauscht werden; in diesen Noten werden das Gebiet, auf das der Geltungsbereich ausgedehnt werden soll, und die Voraussetzungen für die Ausdehnung niedergelegt. Die Vorschriften, die auf Grund des vorstehend erwähnten Notenwechsels ganz oder teilweise oder mit den gegebenenfalls notwendigen Änderungen in ihrem Geltungsbereich ausgedehnt werden, werden in dem bezeichneten Gebiete mit Wirkung von dem in den Noten bestimmten Datum angewandt.

(3) Nach Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt, in dem die Ausdehnung des Geltungsbereichs entsprechend den Absätzen (1) und (2) wirksam geworden ist, kann jeder der Vertragstaaten jederzeit durch schriftliche Kündigung, die dem anderen Staat auf diplomatischem Wege zugeleitet wird, die Anwendung der Vorschriften in jedem der Gebiete aufheben, für das eine Ausdehnung des Geltungsbereichs vorgesehen ist; in diesem Falle sind die Vorschriften in dem betreffenden Gebiete von dem

Article 27

(1) L'application des dispositions de la présente convention pourra être étendue soit en totalité, soit en partie, avec les ajustements qui seraient éventuellement jugés nécessaires, à tout territoire dont la France assume les relations internationales et qui perçoit des impôts de même nature que ceux faisant l'objet de ladite convention.

(2) L'extension du champ d'application de la convention, prévue au paragraphe (1), sera réalisée par un échange, entre les États contractants, de notes diplomatiques qui désigneront le territoire auquel s'appliqueront les dispositions étendues et préciseront les conditions de cette extension. Les dispositions étendues par l'échange de notes susvisé, en totalité ou en partie ou avec les ajustements éventuellement nécessaires, s'appliqueront au territoire désigné à compter inclusivement de la date qui sera spécifiée dans les notes.

(3) A tout moment, après l'expiration d'une période d'une année à compter de la date effective d'une extension accordée en vertu des paragraphes (1) et (2), l'un ou l'autre des États contractants pourra, par avis écrit de cessation donné à l'autre État contractant par la voie diplomatique, mettre fin à l'application des dispositions concernant l'un quelconque des territoires auxquels elles auraient été étendues; dans ce cas, les dispositions cesseront d'être applicables à ce territoire à compter

auf die Kündigung folgenden 1. Januar an nicht mehr anzuwenden, ohne daß dadurch die Anwendung dieser Vorschriften in Frankreich und in jedem anderen Gebiete berührt wird, auf das der Geltungsbereich ausgedehnt wurde und das im Kündigungsschreiben nicht erwähnt ist.

(4) Sobald dieses Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich nicht mehr gilt, gilt es auch nicht mehr gegenüber den Gebieten, auf die es nach diesem Artikel ausgedehnt worden ist, es sei denn, daß die Vertragstaaten ausdrücklich etwas anderes bestimmen.

(5) Bei der Anwendung dieses Abkommens auf ein Gebiet, auf das es ausgedehnt worden ist, gelten die Bezugnahmen des Abkommens auf Frankreich auch als Bezugnahmen auf das betreffende Gebiet.

Artikel 28

(1) Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen auf die Bundesrepublik auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Artikel 29

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist erstmals anzuwenden auf

1. die im Abzugsweg (an der Quelle) erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und sonstigen Erträgen, die in den Artikeln 9, 10 und 11 bezeichnet sind und die seit dem 1. Januar 1958 gezahlt werden;
2. die anderen französischen Steuern, die für das Kalenderjahr 1957 festgesetzt werden;
3. die anderen deutschen Steuern, die für das Kalenderjahr 1957 erhoben werden.

Artikel 30

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Vom 1. Januar 1962 an kann jeder der Vertragstaaten während der ersten vier Monate eines Kalenderjahres das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. In diesem Falle verliert das Abkommen seine Gültigkeit mit Wirkung vom 1. Januar des auf die Kündigung folgenden Jahres. Die Vorschriften des Abkommens sind dann letztmals anzuwenden auf

a) die im Abzugsweg (an der Quelle) erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und sonstigen Erträgen, die in den Artikeln 9, 10 und 11 bezeichnet sind und die vor Ablauf des Kalenderjahres gezahlt werden, das dem Kalenderjahr vorangeht, von dem an das Abkommen seine Gültigkeit verliert;

b) die anderen französischen Steuern, die für das Kalenderjahr festgesetzt werden, das dem Kalenderjahr vorangeht, von dem an das Abkommen seine Gültigkeit verliert;

inclusivement du 1er janvier suivant la date de l'avis, sans toutefois qu'en soit affectée l'application desdites dispositions à la France et à tout autre territoire auquel elles auraient été étendues et qui ne serait pas mentionné dans l'avis de cessation.

(4) Lorsque les dispositions de la présente convention cesseront d'être appliquées entre la République Fédérale et la France ces dispositions cesseront également de s'appliquer à tout territoire auquel elles auraient été étendues en vertu du présent article, à moins qu'il n'en ait été décidé autrement de façon expresse par les États contractants.

(5) Pour l'application de la présente convention dans tout territoire auquel elle aura été étendue, il y aura lieu, chaque fois que la convention se réfère à la France, de considérer qu'elle se réfère également audit territoire.

Article 28

(1) La présente convention doit trouver également à s'appliquer au Land Berlin à moins que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ne notifie au Gouvernement de la République Française un avis contraire dans un délai de trois mois à compter de son entrée en vigueur.

(2) Pour l'application de la présente convention au Land Berlin, toute référence à la République Fédérale s'appliquera également à ce Land.

Article 29

(1) La présente convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Bonn dans le plus bref délai.

(2) Elle entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification, et ses dispositions s'appliqueront pour la première fois:

1. aux impôts perçus par voie de retenue à la source sur les dividendes, intérêts et autres produits visés aux articles 9, 10 et 11, dont la mise en paiement est intervenue depuis le 1er janvier 1958;
2. aux autres impôts français établis au titre de l'année civile 1957;
3. aux autres impôts allemands perçus pour l'année civile 1957.

Article 30

(1) La présente convention restera en vigueur pendant une durée indéterminée.

(2) A partir du 1er janvier 1962, chacun des États contractants pourra notifier à l'autre État dans le courant des quatre premiers mois d'une année civile, par écrit et par la voie diplomatique, son intention d'y mettre fin. Dans ce cas, la convention cessera de produire effet à partir du 1er janvier de l'année suivant la notification. Les dispositions de la convention seront alors applicables pour la dernière fois:

a) aux impôts perçus par voie de retenue à la source sur les dividendes, intérêts et autres produits visés aux articles 9, 10 et 11 et dont la mise en paiement interviendra avant l'expiration de l'année civile précédant celle à compter de laquelle la convention cessera de produire effet;

b) aux autres impôts français établis au titre de l'année civile précédant celle à compter de laquelle la convention cessera de produire effet;

c) die anderen deutschen Steuern, die für das Kalenderjahr erhoben werden, das dem Kalenderjahr vorangeht, von dem an das Abkommen seine Gültigkeit verliert.

Artikel 31

Das deutsch-französische Abkommen vom 9. November 1934 zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiete der direkten Steuern wird aufgehoben. Die von dem einen oder anderen Vertragstaat auf Grund der Nummer 15 des Schlußprotokolls des genannten Abkommens gestundeten Steuern gelten als erlassen. Die Vorschriften des genannten Abkommens, nach denen diese Stundungen gewährt werden, sind letztmals anzuwenden auf

1. die Steuern, die von den in Artikel 9 des genannten Abkommens bezeichneten Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen erhoben werden, die vor dem 1. Januar 1958 gezahlt worden sind;
2. die anderen französischen Steuern, die für das Kalenderjahr 1956 festgesetzt werden;
3. die anderen deutschen Steuern, die für das Kalenderjahr 1956 erhoben werden.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Paris am 21. Juli 1959 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:

Dr. Jansen

Für die
Französische Republik:

Louis Joxe

c) aux autres impôts allemands perçus pour l'année civile précédant celle à compter de laquelle la convention cessera de produire effet.

Article 31

La Convention germano-française du 9 novembre 1934, tendant à éviter les doubles impositions et à établir des règles d'assistance administrative réciproque en matière d'impôts directs, est abrogée. Les sursis aux recouvrements et poursuites accordés par l'un ou l'autre des États contractants dans les conditions prévues au paragraphe 15 du Protocole final de cette convention valent exemption définitive. Les dispositions de ladite convention, en vertu desquelles ces sursis sont accordés, s'appliqueront pour la dernière fois:

1. aux impôts perçus sur les revenus des valeurs mobilières, visés à l'article 9 de ladite convention, dont la mise en paiement est intervenue antérieurement au 1er janvier 1958;
2. aux autres impôts français établis au titre de l'année civile 1956;
3. aux autres impôts allemands perçus pour l'année civile 1956.

EN FOIS DE QUOI les plénipotentiaires des deux États ont signé la présente convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Paris, le 21 juillet 1959, en deux originaux, chacun en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
Fédérale d'Allemagne:

Dr. Jansen

Pour la
République Française:

Louis Joxe

Zusatzprotokoll

über die Anwendung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern bei den einmaligen Abgaben vom Vermögen

Zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen auf dem Gebiete der einmaligen Abgaben vom Vermögen (ausschließlich der Erbschaftsteuer), die nach dem 31. Dezember 1947 und vor dem 1. Januar 1960 in einem der Vertragstaaten eingeführt und entstanden sind oder eingeführt werden und entstehen, haben die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik in Ergänzung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern die nachstehende Vereinbarung getroffen.

1. Artikel 19 des Abkommens findet auf die vorstehend angeführten einmaligen Abgaben vom Vermögen nach Maßgabe der Nummern 2 und 3 sinngemäß Anwendung.

2. Für eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person gilt Artikel 19 Nr. 1 des Abkommens nur dann, wenn die Person in dem für die Entstehung der Abgabeschuld maßgebenden Zeitpunkt die französische, nicht aber gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat oder besitzt.

3. Für eine in der Französischen Republik ansässige Person gilt Artikel 19 Nr. 1 des Abkommens nur dann, wenn die Person in dem für die Entstehung der Abgabeschuld maßgebenden Zeitpunkt die deutsche, nicht aber gleichzeitig die französische Staatsangehörigkeit besessen hat oder besitzt.

4. Die auf Grund dieses Zusatzprotokolls etwa zu gewährenden Abgabeermäßigungen müssen innerhalb einer Ausschlußfrist von drei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens beantragt werden.

5. Die in dem Abkommen vorgesehene Amts- und Rechtshilfe wird auch bei den vorstehend bezeichneten einmaligen Abgaben vom Vermögen geleistet.

Dieses Zusatzprotokoll ist Bestandteil des Abkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten das Zusatzprotokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Paris am 21. Juli 1959 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Dr. Jansen

Für die
Französische Republik:
Louis Joxe

Protocole additionnel

relatif à l'application, en matière de contributions exceptionnelles sur la fortune, de la Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Française en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières

En vue d'éviter les doubles impositions dans le domaine des contributions exceptionnelles sur la fortune (à l'exclusion des droits de succession) instituées et établies ou qui seront instituées et établies dans l'un des États contractants après le 31 décembre 1947 et avant le 1er janvier 1960, la République Fédérale d'Allemagne et la République Française sont convenues des dispositions additionnelles ci-après à la convention entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Française en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières.

1. L'article 19 de la convention s'applique, mutatis mutandis, aux contributions exceptionnelles sur la fortune susvisées, sous les réserves formulées dans les paragraphes 2 et 3 ci-après.

2. En ce qui concerne un résident de la République Fédérale d'Allemagne, les dispositions de l'article 19-1 de la convention ne trouvent à s'appliquer que si ce résident, à la date du fait générateur de la contribution, possédait ou possède la nationalité française, sans posséder simultanément la nationalité allemande.

3. En ce qui concerne un résident de la République Française, les dispositions de l'article 19-1 de la convention ne trouvent à s'appliquer que si ce résident, à la date du fait générateur de la contribution, possédait ou possède la nationalité allemande, sans posséder simultanément la nationalité française.

4. Les dégrèvements auxquels peuvent donner lieu les dispositions du présent protocole additionnel doivent, sous peine de forclusion, être demandés dans un délai de trois ans à compter de l'entrée en vigueur de la convention.

5. L'assistance juridique et administrative prévue par la convention est prêtée également dans le domaine des contributions exceptionnelles sur la fortune visées ci-dessus.

Le présent protocole additionnel constitue partie intégrante de la convention.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires des deux États ont signé le protocole additionnel et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Paris, le 21 juillet 1959, en deux originaux, chacun en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
Fédérale d'Allemagne:
Dr. Jansen

Pour la
République Française:
Louis Joxe

1

Notenwechsel

(Übersetzung)

Ministère des Affaires Étrangères

Liberté - Égalité - Fraternité
République Française

Paris, le 21 juillet 1959

Monsieur le Chargé d'Affaires,

Au moment de revêtir de nos signatures la convention négociée entre nos deux États en vue d'éviter la double imposition et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières, et me référant à l'article 2, paragraphe (1), alinéa 7-d) de cette convention, j'ai l'honneur de vous faire connaître que d'un commun accord les Hautes Parties contractantes précisent comme il est indiqué ci-après la portée de la disposition dont il s'agit.

Il est entendu qu'une entreprise d'assurance de l'un des États contractants ayant un représentant agréé par les autorités de l'autre État ne doit pas être considérée comme ayant un établissement stable dans ce dernier État si ce représentant se borne à remplir une fonction administrative ou qu'il ne se livre, indépendamment de cette activité administrative, qu'à une activité de commissionnaire, de courtier ou d'autre représentant indépendant entrant dans le cadre des dispositions de l'article 2, paragraphe (1), alinéa 7-e).

Je vous serais très obligé de bien vouloir me donner votre accord sur l'interprétation qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur le Chargé d'Affaires, l'assurance de ma haute considération.

Louis Joxe

Monsieur le Docteur Gerhard Josef Jansen
Ministre Conseiller
Chargé d'Affaires
de la République Fédérale d'Allemagne
à Paris.

Ministère des Affaires Étrangères

Liberté - Égalité - Fraternité
République Française

Paris, den 21. Juli 1959

Herr Geschäftsträger,

Anläßlich der Unterzeichnung des zwischen unseren beiden Staaten vereinbarten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern beehre ich mich, Ihnen unter Bezugnahme auf Artikel 2 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe d dieses Abkommens mitzuteilen, daß die Hohen Vertragschließenden Parteien übereingekommen sind, diese Vorschrift wie folgt auszulegen.

Ein Versicherungsunternehmen eines der Vertragstaaten, das einen durch die Behörden des anderen Staates zugelassenen Vertreter unterhält, hat dann keine Betriebstätte im letztgenannten Staate, wenn dieser Vertreter sich auf eine Verwaltungstätigkeit beschränkt oder unabhängig von dieser Verwaltungstätigkeit lediglich als Kommissionär, Makler oder anderer unabhängiger Vertreter im Rahmen der in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe e genannten Voraussetzungen handelt.

Ich wäre sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre Zustimmung zu dieser Auslegung mitteilen würden.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Louis Joxe

Herrn Gesandten
Dr. Gerhard Josef Jansen
Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland

Paris

(Übersetzung)

Ambassade de la République Fédérale
d'Allemagne

Paris, le 21 juillet 1959

Monsieur l'Ambassadeur,

Par lettre en date de ce jour, Votre Excellence a bien voulu me faire savoir ce qui suit:

« Au moment de revêtir de nos signatures la convention négociée entre nos deux États en vue d'éviter la double imposition et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières, et me référant à l'article 2, paragraphe (1), alinéa 7-d) de cette convention, j'ai l'honneur de vous faire connaître que d'un commun accord les Hautes Parties contractantes précisent comme il est indiqué ci-après la portée de la disposition dont il s'agit.

Il est entendu qu'une entreprise d'assurance de l'un des États contractants ayant un représentant agréé par les autorités de l'autre État ne doit pas être considérée comme ayant un établissement stable dans ce dernier État si ce représentant se borne à remplir une fonction administrative ou qu'il ne se livre, indépendamment de cette activité administrative, qu'à une activité de commissionnaire, de courtier ou d'autre représentant indépendant entrant dans le cadre des dispositions de l'article 2, paragraphe (1), alinéa 7-e),

Je vous serais très obligé de bien vouloir me donner votre accord sur l'interprétation qui précède. »

J'ai l'honneur de faire connaître à Votre Excellence que je donne mon assentiment au texte de la communication ci-dessus.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, l'assurance de ma haute considération.

Jansen
Chargé d'Affaires a. i.
de la République Fédérale d'Allemagne

Son Excellence
Monsieur Louis Joxe
Ambassadeur de France
Secrétaire Général du Ministère
des Affaires Étrangères

Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland

Paris, den 21. Juli 1959

Herr Botschafter,

Mit Schreiben vom heutigen Tage haben Eure Exzellenz mir folgendes mitgeteilt:

„Anläßlich der Unterzeichnung des zwischen unseren beiden Staaten vereinbarten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern beehre ich mich, Ihnen unter Bezugnahme auf Artikel 2 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe d dieses Abkommens mitzuteilen, daß die Hohen Vertragschließenden Parteien übereingekommen sind, die Vorschrift wie folgt auszulegen.

Ein Versicherungsunternehmen eines der Vertragstaaten, das einen durch die Behörden des anderen Staates zugelassenen Vertreter unterhält, hat dann keine Betriebstätte im letztgenannten Staate, wenn dieser Vertreter sich auf eine Verwaltungstätigkeit beschränkt oder unabhängig von dieser Verwaltungstätigkeit lediglich als Kommissionär, Makler oder anderer unabhängiger Vertreter im Rahmen der in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe e genannten Voraussetzungen handelt.

Ich wäre sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre Zustimmung zu dieser Auslegung mitteilen würden."

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich der vorstehenden Mitteilung zustimme.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Jansen
Geschäftsträger a. i.
der Bundesrepublik Deutschland

Seine Exzellenz
Herrn Louis Joxe,
Ambassadeur de France,
Generalsekretär des Ministeriums
für Auswärtige Angelegenheiten

(Übersetzung)

Ministère
des
Affaires Étrangères

Liberté-Egalité-Fraternité
République Française

Paris, le 21 Juillet 1959

Monsieur le Chargé d'Affaires,

Au moment de procéder à la signature de la Convention entrè la République Française et la République Fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières, il m'apparaît nécessaire de préciser ce qui suit:

l'Article 27, alinéa 1 de la Convention en date de ce jour prévoit que l'application de ses dispositions pourra, dans les conditions qu'il détermine, être étendue à tout territoire dont la France «assume les relations internationales». Pour prévenir toute difficulté relative à l'interprétation de ces termes, il convient de préciser que leur emploi ne saurait impliquer, de la part des Hautes Parties Contractantes, l'intention d'exclure la possibilité d'étendre le champ d'application de la Convention aux Département français non visés à l'article 2, aux Territoires d'Outre-Mer de la République Française et aux États membres de la Communauté.

Je vous serais obligé de vouloir bien me confirmer votre assentiment sur ce point

Veuillez agréer, Monsieur le Chargé d'Affaires, les assurances de ma haute considération.

Louis Joxe

M. Gerhard Josef Jansen
Chargé d'Affaires
de la République Fédérale d'Allemagne
à Paris

Ministère
des
Affaires Étrangères

Liberté-Egalité-Fraternité
République Française

Paris, den 21. Juli 1959

Herr Geschäftsträger,

Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern halte ich es für erforderlich, nachstehendes klarzustellen:

Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens vom heutigen Tage sieht vor, daß die Anwendung seiner Vorschriften unter den im genannten Artikel niedergelegten Bedingungen auf jedes Gebiet ausgedehnt werden kann, „für dessen internationale Beziehungen Frankreich verantwortlich ist". Um jede Schwierigkeit bei der Auslegung dieser Vorschrift zu vermeiden, ist es zweckmäßig, klarzustellen, daß die Hohen Vertragschließenden Parteien mit dieser Formulierung nicht beabsichtigen, die Möglichkeit der Ausdehnung des Geltungsbereichs des Abkommens auf die in Artikel 2 nicht genannten französischen Départements, auf die überseeischen Gebiete der Französischen Republik und auf die Mitgliedstaaten der Communauté auszuschließen.

Ich wäre sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre Zustimmung hierzu bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherungen meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Louis Joxe

Herrn Gerhard Josef Jansen
Geschäftsträger
der Bundesrepublik Deutschland
Paris

(Übersetzung)

Ambassade de la République Fédérale
d'Allemagne
Paris

Paris, le 21 Juillet 1959

Monsieur l'Ambassadeur,

Vous avez bien voulu m'adresser en date de ce jour la lettre suivante:

« Au moment de procéder à la signature de la Convention entre la République Française et la République Fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières, il m'apparaît nécessaire de préciser ce qui suit:

l'Article 27, alinéa 1 de la Convention en date de ce jour prévoit que l'application de ses dispositions pourra, dans les conditions qu'il détermine, être étendue à tout territoire dont la France « assume les relations internationales ». Pour prévenir toute difficulté relative à l'interprétation de ces termes, il convient de préciser que leur emploi ne saurait impliquer, de la part des Hautes Parties Contractantes, l'intention d'exclure la possibilité d'étendre le champ d'application de la Convention aux Départements français non visés à l'article 2, aux Territoires d'Outre-Mer de la République Française et aux États membres de la Communauté.

Je vous serais obligé de vouloir bien me confirmer votre assentiment sur ce point. »

J'ai l'honneur de vous confirmer mon accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma haute considération.

Jansen

Monsieur Louis Joxe
Ambassadeur de France
Paris

Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland
Paris

Paris, den 21. Juli 1959

Herr Botschafter,

Am heutigen Tage haben Sie nachstehendes Schreiben an mich gerichtet:

„Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern halte ich es für erforderlich, nachstehendes zu erklären:

Artikel 27 Abs. 1 des Abkommens vom heutigen Tage sieht vor, daß die Anwendung seiner Vorschriften unter den im genannten Artikel niedergelegten Bedingungen auf jedes Gebiet ausgedehnt werden kann, ‚für dessen internationale Beziehungen Frankreich verantwortlich ist'. Um jede Schwierigkeit bei der Auslegung dieser Vorschrift zu vermeiden, ist es zweckmäßig, klarzustellen, daß die Hohen Vertragschließenden Parteien mit dieser Formulierung nicht beabsichtigen, die Möglichkeit der Ausdehnung des Geltungsbereichs des Abkommens auf die in Artikel 2 nicht genannten französischen Départements, auf die überseeischen Gebiete der Französischen Republik und auf die Mitgliedstaaten der Communauté auszuschließen.

Ich wäre sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre Zustimmung hierzu bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich dem Vorstehenden zustimme.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherungen meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Jansen

Herrn Louis Joxe
Ambassadeur de France
Paris

Denkschrift zu dem Abkommen vom 21. Juli 1959

Das vorliegende Doppelbesteuerungsabkommen soll mit Wirkung vom 1. Januar 1957 an — für gewisse Abzugsteuern vom 1. Januar 1958 an — das zwischen dem Deutschen Reich und der Französischen Republik am 9. November 1934 abgeschlossene Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiete der direkten Steuern sowie das Zusatzprotokoll vom 9. Januar 1937 zu diesem Abkommen ersetzen. Der Abschluß eines neuen Abkommens war erforderlich geworden, weil die angeführten früheren Doppelbesteuerungsvereinbarungen nicht ratifiziert worden waren und auch nicht mehr den jetzigen wirtschaftlichen Gegebenheiten und dem gegenwärtigen Stand des Rechtes der internationalen Doppelbesteuerungsverträge entsprechen.

Den Vertragsverhandlungen, die im Februar 1956 begannen, wurde ein von französischer Seite ausgearbeiteter Entwurf zugrunde gelegt. Inhaltlich entspricht das Abkommen im wesentlichen den in den Jahren 1958 und 1959 mit Luxemburg, Norwegen, Schweden und den Niederlanden abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen, wobei allerdings Besonderheiten des französischen Steuerrechts gewisse Sonderregelungen erforderlich machten.

In das Abkommen wurden die bis zu seinem Abschluß vom Steuerausschuß der OEEC ausgearbeiteten und vom Rat der Organisation den Mitgliedstaaten für die Aufnahme in die Doppelbesteuerungsabkommen empfohlenen Mustervorschriften eingearbeitet (vgl. Artikel 2 Abs. 1 Nr. 4 und 7, Artikel 6 und 21 des Abkommens). Dies bedeutete zunächst eine wesentliche Erleichterung der abschließenden Verhandlungen und bewirkt für die Zukunft die Vermeidung von vielen Auslegungsschwierigkeiten, da diese Vorschriften nach einer Empfehlung des Rats der OEEC (Beschluß vom 3. Juli 1959, OEEC-Drucksache Nr. C (59) (147) entsprechend den in den Berichten des Steuerausschusses der OEEC gegebenen Erläuterungen einheitlich ausgelegt werden sollen.

Die Doppelbesteuerung wird nach dem vorliegenden Abkommen — wie schon nach dem Abkommen vom 9. November 1934 — dadurch vermieden, daß zunächst das Besteuerungsrecht des Quellenstaates eingeschränkt wird. Behält der Quellenstaat für bestimmte Einkünfte oder Vermögensteile das Besteuerungsrecht, so vermeidet der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung in der Weise, daß diese Einkünfte oder Vermögensteile aus der steuerlichen Bemessungsgrundlage ausgenommen werden (Methode der Steuerbefreiung). Diese Methode der Vermeidung der Doppelbesteuerung entspricht dem Grundsatz, dem grundsätzlich alle kontinental-europäischen Staaten folgen. Nur für gewisse Einkünfte verwendet das Abkommen die Anrechnungsmethode, um die Doppelbesteuerung zu beseitigen.

Zu den einzelnen Vorschriften des Abkommens wird folgendes bemerkt:

Zu Artikel 1

Nach Absatz 1 gilt das Abkommen für alle Personen, die in einem der beiden Vertragstaaten ansässig sind. Im Gegensatz dazu hat das Abkommen vom 9. November 1934 nur für die Staatsangehörigen der Vertragstaaten oder den diesen Staatsangehörigen gleichgestellten juristischen Personen gegolten.

Absätze 2 und 3 bestimmen, für welche Steuern das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel enthält die Definition einiger im Abkommen verwendeter Begriffe.

Die in Absatz 1 Nr. 4 enthaltene Definition des Begriffs „eine in einem Vertragstaat ansässige Person" und der in Absatz 1 Nr. 7 definierte Begriff „Betriebstätte" entspricht den Definitionen, die vom Steuerausschuß der OEEC ausgearbeitet und vom Rat der Organisation den Mitgliedstaaten zur Aufnahme in ihre Doppelbesteuerungsabkommen empfohlen wurden.

In die Definition des Betriebsstättenbegriffs wurde jedoch zusätzlich eine Vorschrift über die Vertretungen von Versicherungsunternehmen aufgenommen. Diese Vorschrift ist nach übereinstimmender Auffassung der Vertragsparteien dahin auszulegen, daß ein Versicherungsunternehmen eines der Vertragstaaten, das einen durch die Behörden des anderen Staates zugelassenen Vertreter unterhält, dann keine Betriebstätte im letztgenannten Staat hat, wenn dieser Vertreter sich auf eine Verwaltungstätigkeit beschränkt oder unabhängig von dieser Verwaltungstätigkeit lediglich als Kommissionär, Makler oder als anderer unabhängiger Vertreter im Rahmen der in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 7 Buchstabe e des Abkommens genannten Voraussetzungen handelt (Hinweis auf den 1. Notenwechsel zum Abkommen).

Zu Artikel 3

Dieser Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen nur in dem Vertragstaat, in dem das unbewegliche Vermögen belegen ist, besteuert werden können. Dies entspricht der in Artikel 2 des Abkommens vom 9. November 1934 vorgesehenen Regelung.

Zu Artikel 4

Nach Absatz 1 gilt — wie schon nach Artikel 3 des Abkommens vom 9. November 1934 — für die Besteuerung der Einkünfte aus gewerblichen Unternehmen das Betriebstättenprinzip.

In den Absätzen 2 und 6 sind Vorschriften über die Ermittlung des Gewinns der Betriebstätten enthalten.

Absatz 3 stellt klar, daß das Betriebstättenprinzip auch für die Besteuerung der Einkünfte aus Beteiligungen an Personengesellschaften gilt.

Nach Absatz 7 gilt das Betriebstättenprinzip auch für die Gewerbesteuern.

Absatz 9 stellt das Besteuerungsrecht für die Fälle klar, in denen eine in einem der Vertragstaaten ansässige Person Einkünfte aus dem anderen Staat bezieht, die nicht einer dort unterhaltenen Betriebstätte zuzurechnen sind.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel enthält eine Vorschrift über die steuerliche Behandlung der Verlagerung von Gewinnen aus dem einen Vertragstaat in den anderen. Das Abkommen vom 9. November 1934 enthielt keine diesbezügliche Vorschrift.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel enthält — wie die Artikel 5 und 6a des Abkommens vom 9. November 1934 — eine vom Betriebstättenprinzip abweichende Regelung für die Besteuerung der Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie von Gewinnen aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen. Die Fassung entspricht derjenigen, die vom Steuerausschuß der OEEC ausgearbeitet und vom Rat der Organisation den Mitgliedstaaten zur Aufnahme in ihre Doppelbesteuerungsabkommen empfohlen wurde.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus der Veräußerung von Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft nur in dem Vertragstaate besteuert werden können, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Zu Artikel 8

Ausländische Gesellschaften, die in Frankreich eine Geschäftstätigkeit ausüben, haben zunächst für den Gewinn, den sie dort erzielen, die Steuer von den Gewinnen der Gesellschaften, d. h. die Körperschaftsteuer, zu entrichten; darüber hinaus unterliegt ein bestimmter Teil ihrer Ausschüttungen (nach Artikel 109 Abs. 2 des Code Général des Impôts) der Proportionalsteuer von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen. Der Teilbetrag der Ausschüttungen einer ausländischen Gesellschaft, der zur Steuer von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen herangezogen wird, wird durch Anwendung eines geeigneten Verteilungsschlüssels auf die Gesamtausschüttungen der ausländischen Gesellschaft ermittelt.

Bei den in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaften, die in Frankreich eine Betriebstätte unterhalten, wird nach Unterabsatz 2 des Absatzes 1 der nach den allgemeinen Grundsätzen sich ergebende steuerpflichtige Teilbetrag der Ausschüttungen reduziert auf 1/4 dieses Teilbetrages oder, falls sich hieraus ein niedrigeres Ergebnis errechnet, auf 1/4 des nach dem vorliegenden Abkommen für die Zwecke der französischen Körperschaftsteuer ermittelten Betriebstättengewinns. Gehören mehr als 3/4 des Gesellschaftskapitals der deutschen Gesellschaft Personen, die in der Bundesrepublik ansässig sind, so wird gemäß Unterabsatz 2 des Absatzes 1 nicht mehr 1/4 des nach den allgemeinen Vorschriften ermittelten Teilbetrages der Ausschüttungen oder des steuerpflichtigen Betriebstättengewinns zur Besteuerung herangezogen, sondern nur mehr der Bruchteil der Ausschüttungen, der sich aus dem Verhältnis des nicht in Händen von in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaftern befindlichen Gesellschaftskapitals zum Gesamtgesellschaftskapital ergibt. Diese Regelungen sind wesentlich günstiger als die, die in Artikel 4 Abs. 1 des Abkommens vom 9. November 1934 vorgesehen waren.

Absatz 2 bestimmt, daß eine in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft in Frankreich wegen einer Beteiligung an einer französischen Gesellschaft oder wegen irgendeiner anderen Geschäftsbeziehung nicht zur französischen Proportionalsteuer von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen herangezogen werden darf. Diese Regelung entspricht der, die in Artikel 4 Abs. 2 des Abkommens vom 9. November 1934 enthalten ist.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel regelt die steuerliche Behandlung der Dividenden. Dividenden, die aus einem der Vertragstaaten an einen im anderen Staat ansässigen Steuerpflichtigen gezahlt werden, können hiernach grundsätzlich nur im letztgenannten Staate besteuert werden. Soweit der andere Staat (Quellenstaat) von Dividenden eine Steuer im Abzugsweg (an der Quelle) erhebt, bleibt das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs unberührt. Diese Steuer darf jedoch 15 v. H. der Dividenden nicht übersteigen.

Abweichend von dieser allgemeinen Regelung sind für Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (d. h. Beteiligungen, die mindestens 25 v. H. der steuerberechtigten Anteile der Gesellschaft umfassen) Sonderregelungen getroffen worden, soweit es sich um Dividenden handelt, die nach dem 31. Dezember 1958 ausgeschüttet werden. Werden diese Dividenden von einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft an eine in Frankreich ansässige Kapitalgesellschaft gezahlt, so darf die Bundesrepublik die Kapitalertragsteuer bis zur Höhe von 25 v. H. der Dividenden erheben, solange in der Bundesrepublik der Satz der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne (z. Z. 15 v. H.) niedriger ist als der Steuersatz für nichtausgeschüttete Gewinne (z. Z. 51 v. H.) und der Unterschied 20 v. H. oder mehr beträgt. Diese Regelung wurde getroffen, um zu berücksichtigen, daß eine deutsche Muttergesellschaft, die Dividenden von einer deutschen Tochtergesellschaft empfängt, eine Nachsteuer von 36 v. H. zu zahlen hat, wenn sie die Dividenden nicht ihrerseits weiter ausschüttet; eine ausländische Muttergesellschaft kann aber zu dieser Nachsteuer nicht herangezogen werden. Die Regelung dient also zur Verhinderung einer Benachteiligung deutscher Muttergesellschaften. Der im letzten Unterabsatz des Absatzes 3 enthaltenen Vorschrift, die die französische Abzugsteuer betrifft, kommt zur Zeit keine Bedeutung zu, da die französische Steuer von den Gewinnen der Gesellschaften gegenwärtig nach einem für ausgeschüttete und

nichtausgeschüttete Gewinne gleichen Steuersatz erhoben wird. Die Vorschrift ist aus dem Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit aufgenommen worden.

Nach Absatz 5 können die Einkünfte eines in der Bundesrepublik ansässigen Kommanditisten aus seinem Anteil an einer französischen Kommanditgesellschaft in Frankreich (außer gemäß Artikel 4 Abs. 3 des Abkommens zur Steuer von den Gewinnen der Gesellschaften), soweit sie tatsächlich an den Kommanditisten ausgeschüttet wurden, zur Steuer von den Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen herangezogen werden; die Höhe dieser Steuern wird durch das Abkommen nicht begrenzt. Diese Regelung ist darauf zurückzuführen, daß nach dem französischen Steuerrecht der ausgeschüttete Teil des Gewinnanteils eines Kommanditisten wie eine Dividende behandelt wird.

Zu Artikel 10

Nach dieser Vorschrift können Zinsen grundsätzlich nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist. Abweichend von der in Artikel 8 Abs. 3 des Abkommens vom 9. November 1934 vorgesehenen Regelung gilt dieser Grundsatz auch für Einkünfte aus grundpfandrechtlich gesicherten Forderungen.

Zu Artikel 11

Nach diesem Artikel können Aufsichtsratvergütungen, abweichend von der in Artikel 10 des Abkommens vom 9. November 1934 vorgesehenen Regelung, nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist; allerdings darf der andere Staat von den Vergütungen eine Abzugsteuer erheben, und zwar uneingeschränkt in der Höhe, wie sie nach seinen Rechtsvorschriften zu entrichten ist.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel sieht vor, daß Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit nur in dem Vertragstaate besteuert werden können, in dem die Arbeit ausgeübt wird. Entsprechend dem Betriebstättenprinzip bei Einkünften aus gewerblichen Unternehmen ist dieser Staat jedoch nur steuerberechtigt, wenn sich der freiberuflich Tätige unter Benutzung einer ihm dort regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung betätigt. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für eine selbständig ausgeübte Tätigkeit von Künstlern, Berufssportlern, Artisten, Vertragskünstlern oder anderen Personen, die öffentlich auftreten. Mit Ausnahme der Einschränkung entspricht diese Regelung der des Artikels 6 des Abkommens vom 9. November 1934.

Zu Artikel 13

Absatz 1 dieses Artikels bestimmt, daß Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit — ebenso wie Einkünfte aus selbständiger Arbeit — nur in dem Vertragstaate besteuert werden können, in dem die Arbeit ausgeübt wird. Dieser Grundsatz wird in den folgenden Absätzen dieses Artikels für bestimmte Fälle zugunsten des Staates, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, eingeschränkt. Diese Einschränkungen bedeuten wesentliche Abweichungen gegenüber den vom Abkommen vom 9. November 1934 vorgesehenen Regelungen.

Nach Absatz 6 können Ruhegehälter und Leibrenten nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel bestimmt, daß Entgelte (einschließlich der Ruhebezüge), die für nichtselbständige Arbeit aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, nur in dem Staate der öffentlichen Kasse besteuert werden können. Allerdings ist dieser Grundsatz — abweichend von der in Artikel 7 des Abkommens vom 9. November 1934 vorgesehenen Regelung — zugunsten des Staates, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist, dann eingeschränkt, wenn der Arbeitnehmer Staatsangehöriger dieses Staates ist, ohne zugleich die Staatsangehörigkeit des Staates der öffentlichen Kasse zu besitzen. Der Grundsatz der Besteuerung nach der auszahlenden Kasse gilt auch für Sozialversicherungsbezüge und für Bezüge, die an Kriegsbeschädigte oder politisch Verfolgte gezahlt werden, wobei jedoch hier die Staatsangehörigkeit des Steuerpflichtigen keine Rolle spielt.

Zu Artikel 15

Nach diesem Artikel können Lizenzgebühren, Vergütungen für die Überlassung von Filmen und die Benutzung von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder die Überlassung gewerblicher Erfahrungen ausschließlich in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte der Vergütungen ansässig ist. Diese Regelung bedeutet keine Änderung gegenüber dem Abkommen vom 9. November 1934.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel enthält eine Befreiungsvorschrift für die Einkünfte aus der Lehrtätigkeit von Gastlehrkräften.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel enthält eine Befreiungsvorschrift für Unterhalts-, Studien- oder Ausbildungsgelder, die Studenten, Lehrlinge und Praktikanten beziehen. Diese Regelung entspricht grundsätzlich der im Abkommen vom 9. November 1934 enthaltenen Vorschrift (vgl. Nr. 10 des Schlußprotokolls zu diesem Abkommen).

Zu Artikel 18

Nach diesem Artikel können — wie nach Artikel 11 des Abkommens vom 9. November 1934 — Einkünfte, die in den vorhergehenden Artikeln nicht behandelt worden sind, nur in dem Vertragstaate besteuert werden, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist. Unter diese Vorschrift fallen insbesondere Einkünfte aus dritten Staaten.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt das Besteuerungsrecht für Vermögen. Seine Vorschriften entsprechen weitgehend den Regelungen, die für die Einkünfte aus den ein-

zelnen Vermögensteilen getroffen worden sind. Eine im wesentlichen gleiche Regelung war bereits in Artikel 12 des Abkommens vom 9. November 1934 enthalten. Diese Vorschrift konnte aber nicht — auch nicht vorläufig — angewendet werden, weil ihre Anwendung voraussetzte, daß in beiden Staaten laufende oder einmalige Steuern vom Vermögen oder Vermögenszuwachs erhoben wurden; dies war in Frankreich nicht der Fall.

Zu Artikel 20

Absatz 1 enthält — wie schon Artikel 14 des Abkommens vom 9. November 1934 — den sogenannten Progressionsvorbehalt zugunsten des Wohnsitzstaates.

Absatz 2 sieht vor, daß Abzugsteuern, die der Quellenstaat von Dividenden und von Aufsichtsratvergütungen erhebt, auf die Steuern des Staates, in dem der Bezugsberechtigte ansässig ist, angerechnet werden.

Nach den Absätzen 3 und 4 wird die nach deutschem Steuerrecht für Beteiligungen an deutschen Kapitalgesellschaften bestehende Schachtelbefreiung auf Beteiligungen an französischen Kapitalgesellschaften ausgedehnt.

Zu Artikel 21

Absatz 1 bestimmt, daß die Staatsangehörigen eines der Vertragstaaten im anderen Staate steuerlich den Staatsangehörigen dieses Staates gleichgestellt werden.

Absatz 3 bestimmt Entsprechendes für Staatenlose. Die Absätze 4 und 5 enthalten entsprechende Vorschriften für die Besteuerung von Betriebstätten und gewerblichen Unternehmen.

Der Absatz 6 bestimmt, daß die in diesem Artikel enthaltenen Gleichbehandlungsvorschriften für Steuern jeder Art, also auch für die Steuern gelten, die nicht Gegenstand des Abkommens sind.

Diese Vorschriften entsprechen denen, die vom Steuerausschuß der OEEC ausgearbeitet und vom Rat der Organisation den Mitgliedstaaten zur Aufnahme in ihre Doppelbesteuerungsabkommen empfohlen worden sind.

Zu den Artikeln 22 und 23

Diese Artikel enthalten Vorschriften über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe bei der Erhebung von Steuern im Sinne des Abkommens.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel enthält — wie schon Artikel 15 des Abkommens vom 9. November 1934 — besondere Vorschriften für die Besteuerung der Mitglieder diplomatischer und konsularischer Vertretungen beider Vertragstaaten.

Zu Artikel 25

Absätze 1 und 2 sehen — wie schon Artikel 16 des Abkommens vom 9. November 1934 — vor, daß die zuständigen Behörden der Vertragstaaten versuchen werden, sich zu verständigen, wenn ein Steuerpflichtiger begründete Einwendungen gegen Maßnahmen der Steuerbehörden hat, die zu einer Doppelbesteuerung führen.

Absatz 3 sieht vor, daß im Abkommen nicht geregelte Doppelbesteuerungsfälle und Auslegungsfragen von den zuständigen Behörden der Vertragstaaten im gegenseitigen Einvernehmen behandelt werden sollen.

Zu Artikel 26

Absatz 1 bestimmt, daß die zuständigen Behörden der Vertragstaaten die für die Anwendung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen treffen werden.

Absatz 2 gestattet eine Ausdehnung des zeitlichen und sachlichen Anwendungsbereichs der Amts- und Rechtshilfebestimmungen.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel sieht vor, daß das Abkommen auf Gebiete ausgedehnt werden kann, für deren internationale Beziehungen Frankreich verantwortlich ist. Wobei dies allerdings nicht bedeutet, daß es nicht auch auf die in Artikel 2 nicht genannten französischen Départements, auf die überseeischen Gebiete der Französischen Republik und die Mitgliedstaaten der Communauté ausgedehnt werden kann (Hinweis auf den 2. Notenwechsel zum Abkommen).

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält die Vorschriften über die Ratifizierung, das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des Abkommens.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält die Vorschriften über eine etwaige Kündigung des Abkommens.

Zu Artikel 31

Da das Abkommen vom 9. November 1934 keine Rechtskraft erlangt hatte, waren die nach seinen Vorschriften nicht zu entrichtenden Steuern lediglich gestundet worden. Artikel 31 des vorliegenden Abkommens bestimmt, daß diese gestundeten Steuern nunmehr als erlassen gelten.

Denkschrift zum Zusatzprotokoll vom 21. Juli 1959

Das deutsch-französische Doppelbesteuerungsabkommen vom 21. Juli 1959 erstreckt sich nicht auf einmalige Abgaben vom Vermögen (vgl. Artikel 1 des Abkommens). Um jedoch die Doppelbesteuerung und die damit verbundenen Härten in begrenztem Umfang auch auf dem Gebiete der einmaligen Abgaben vom Vermögen zu vermeiden, sind entsprechende Bestimmungen im vorliegenden Zusatzprotokoll, das einen integrierenden Bestandteil des Doppelbesteuerungsabkommens bildet, getroffen worden. Das Zusatzprotokoll regelt das Besteuerungsrecht bei den einmaligen Abgaben vom Vermögen (ausschließlich der Erbschaftsteuer), die in der Zeit vom 1. Januar 1948 bis 31. Dezember 1959 eingeführt (entstanden) sind.

Durch die auf das Gebiet der einmaligen Vermögensabgaben beschränkten Vereinbarungen des Zusatzprotokolls wird die den Angehörigen der Vereinten Nationen in Artikel 10 des Zehnten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (BGB 1955 II S. 301, 405) u. a. auch auf dem Gebiet des Lastenausgleichs eingeräumte Meistbegünstigung nicht berührt. Es ist ein international anerkannter Grundsatz, daß Vereinbarungen in Doppelbesteuerungsverträgen sowie Vereinbarungen, die klar abgrenzbare eigentümliche Sonderregelungen zum Gegenstand haben, keine Anwendung von Meistbegünstigungsklauseln zur Folge haben.

Zu den einzelnen Vorschriften des Zusatzprotokolls wird folgendes bemerkt:

Zu Nr. 1

Diese Vorschrift bestimmt zunächst, daß Artikel 19 des Doppelbesteuerungsabkommens, der das Besteuerungsrecht für die laufenden Steuern vom Vermögen regelt, grundsätzlich auch auf einmalige Abgaben vom Vermögen anzuwenden ist. Deshalb hat das Besteuerungsrecht für die in Artikel 19 Nr. 1 des Doppelbesteuerungsabkommens bezeichneten Vermögenswerte der Staat, in dem sie belegen sind, und für die anderen Vermögenswerte der Staat, in dem der Eigentümer ansässig ist (Artikel 19 Nr. 2 des Doppelbesteuerungsabkommens). Die Nr. 2 und 3 des Zusatzprotokolls sehen jedoch Einschränkungen gegenüber der allgemeinen Regel des Artikels 19 des Doppelbesteuerungsabkommens vor.

Die in Artikel 20 Abs. 4 des Doppelbesteuerungsabkommens bestimmte Abweichung von Artikel 19 Nr. 2 gilt nicht für das Zusatzprotokoll; es verbleibt insoweit uneingeschränkt bei den für die Vermögensbesteuerung maßgebenden Vorschriften des Artikels 19 des Doppelbesteuerungsabkommens.

Zu Nr. 2

Nach dieser Vorschrift gilt der Grundsatz des Artikels 19 Nr. 1 des Doppelbesteuerungsabkommens, daß das Besteuerungsrecht dem Staat der Belegenheit des Vermögens zusteht, für eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nur dann, wenn sie im Zeitpunkt der Entstehung der Abgabeschuld die französische Staatsangehörigkeit besessen hat. Dies bedeutet für die Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz, daß ein französischer Staatsangehöriger, der am 21. Juni 1948 (Tag der Entstehung der Vermögensabgabe) in der Bundesrepublik Deutschland ansässig war und somit nach den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes als unbeschränkt Abgabepflichtiger mit seinem gesamten (in- und ausländischen) Vermögen der Vermögensabgabe unterliegt, hinsichtlich der in Artikel 19 Nr. 1 des Doppelbesteuerungsabkommens bezeichneten und in Frankreich belegenen Vermögenswerte nicht zu der Abgabe herangezogen wird. Diese Bestimmung gilt in Abweichung von dem Doppelbesteuerungsabkommen, das für die Abgrenzung des Besteuerungsrechts grundsätzlich nicht auf die Staatsangehörigkeit abstellt (vgl. Artikel 1), nur für französische Staatsangehörige, nicht also für unbeschränkt Abgabepflichtige mit deutscher (und ggf. gleichzeitig französischer) oder einer anderen Staatsangehörigkeit; diese Personen unterliegen mit ihrem Vermögen in Frankreich der Vermögensabgabe.

Für den Begriff „Frankreich" ist Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des Doppelbesteuerungsabkommens maßgebend; die in Artikel 27 des Abkommens vorgesehene Ausdehnung seines Geltungsbereichs kann auf das vorliegende Zusatzprotokoll keine Anwendung finden, weil die darin geregelten einmaligen Vermögensabgaben bereits in einem weit zurückliegenden Zeitpunkt entstanden sind.

Artikel 27 des Doppelbesteuerungsabkommens kann somit nur für die in den Abkommen bezeichneten Steuern Bedeutung haben.

Zu Nr. 3

Diese Vorschrift trifft eine der Nr. 2 entsprechende Regelung für den Fall, daß in Frankreich eine einmalige Abgabe vom Vermögen eingeführt wird (keine Abgabenerhebung von dem in der Bundesrepublik belegenen Vermögen eines in Frankreich ansässigen deutschen Staatsangehörigen).

Zu Nr. 4

Die Anwendung des Zusatzprotokolls auf bereits entstandene Abgaben ist von einem Antrag abhängig gemacht, weil die Anwendung von Amts wegen auf Schwierigkeiten stoßen würde.

Zu Nr. 5

Die in den Artikeln 22 und 23 des Doppelbesteuerungsabkommens vereinbarte Amts- und Rechtshilfe erstreckt sich auch auf die einmaligen Abgaben vom Vermögen.

Bundesdruckerei Bonn 13 449 11. 60